Risikokapitalismus im Weltausnahmezustand

Eine Einleitung nebst vermischten Anmerkungen

Von D. F. Bertz

»Outside in the distance a wildcat did growl,
Two riders were approaching, the wind began to howl«
(Bob Dylan, *All Along the Watchtower)*

Um es gleich vorwegzunehmen: Niemand weiß, wie die *Welt nach Corona*, über deren Beschaffenheit der Titel diese Buches Auskunft zu geben verspricht, aussehen wird. Es ist nicht mal klar, ob es eine Welt *danach* in absehbarer Zeit überhaupt geben wird. Was aber klar ist: Die Pandemie und die Auswirkungen der Lockdowns bestimmen noch für lange Zeit in weiten Teilen der Welt die politische, ökonomische und gesellschaftliche Realität. Weniger klar ist, mit welcher Art Krise wir es überhaupt zu tun haben. Im Alltagsverstand und in den Leitmedien wird die Pandemie weitgehend als naturhafter Schicksalsschlag wahrgenommen. Aber Corona ist keine Naturkatastrophe. Das Virus und seine Folgen markieren eine weitere Krise der globalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise.

Das *Severe Acute Respiratory Syndrome Corona-Virus 2* gehört zur Familie der Coronaviren und zur Gattung der Betacoronaviren. Derart biologisch spezifiziert, ist SARS-CoV-2 zwar »Natur«, allerdings ist der Erreger erst unter spezifischen gesellschaftlichen Bedingungen zum Problem geworden. Vermutlich zwischen dem 6. Oktober und dem 11. Dezember 2019 ist das Virus auf den Menschen »übergesprungen« und hat dann die Pandemie in Gang gesetzt.

Und nein, das neue Coronavirus wurde nicht in einem chinesischen Labor hergestellt, wie die US-Regierung spekuliert.[1] Es ist ein Produkt der globalen kapitalistischen Ordnung (ich komme im nächsten Abschnitt darauf zurück). Und alles, was über das Virus selbst hinaus von Belang ist, fällt ohnehin nicht in die Kategorie »Natur«, sondern in die Abteilung »Gesellschaft«.[2] Für die Pathogenität eines Virus gibt es keinen einheitlichen Maßstab, und wie schnell sich ein Erreger verbreitet und welchen Schaden er anrichten kann, liegt nicht in erster Linie in seinen »natürlichen« Eigenschaften begründet. Vielmehr hängt sein Zerstörungspotenzial von den gesellschaftlichen Verhältnissen ab, auf die das Virus trifft. Dass SARS-CoV-2 sich so schnell über den Erdball ausbreiten und seine mörderische Wirkung entfalten konnte, ist nicht nur seiner hohen Toxizität und Aggressivität geschuldet, sondern auch den Umgebungsbedingungen: der Internationalisierung des Kapitals (»Globalisierung«), einem austeritätspolitisch und neoliberal geformten Kapitalismus, der Gesundheitssysteme unter Profit- und Sparzwänge setzt und der soziale Spaltungen und Verwundbarkeiten vertieft und verschärft. Und schließlich: Dass es bisher in den meisten Ländern nicht gelungen ist, den Virus-Spuk zu beenden, liegt daran, dass der bürgerlich-kapitalistische Staat und seine Apparate nicht die erste Wahl sind, wenn es um die Eindämmung einer Pandemie geht.

Es ist zweifellos notwendig, sich mit den Grundbegriffen der Infektionswissenschaften vertraut zu machen, wenn man sich etwa über Sinn und Unsinn der verschiedenen staatlichen Maßnahmen ein Urteil erlauben will – und mittlerweile wissen die meisten Zeitungsleser*innen und Internetsurfer*innen, was »Reproduktionszahl«, »Superspreader« und »Seroprävalenz« bedeuten –, wer allerdings die Corona-Krise in ihren verschiedenen Dimensionen ausleuchten will, kommt ohne kritisches Nachdenken über ökonomische, politische und soziale Verhältnisse und

Zusammenhänge nicht weit. Diese Grundüberlegung teilen die Autor*innen dieses Bandes, auch wenn sie etwa bei der Einschätzung des Notstandsregimes unterschiedlicher Meinung sein mögen. Durchaus kontroverse Beiträge zur Frage, wie die Virus-Krise, ihre gesellschaftlichen Begleiterscheinungen und die staatlichen Reaktionen theoretisch zu fassen und zu bewerten sind, liefern im ersten Block »Ausnahmezustand & Gesundheitsnotstand« Lia Becker und Alex Demirović, Axel Gehring, Rolf Gössner, Johannes Hauer, Jens Kastner, Stephan Lessenich und die *CILIP*-Redaktion. Auch dieser einleitende Text versteht sich passagenweise als Beitrag zu dieser Debatte.

Nach der Pandemie ist vor der Pandemie

»Das Virus sei ›so etwas wie eine Naturkatastrophe‹, sagte Merkel weiter. Ein solch ›besonderes und herausforderndes Ereignis‹ gebe es ›wohl nur einmal pro Jahrhundert‹«. (tagesschau.de, 2.11.2020)

»Ins Zentrum seiner Forschung will der Wissenschaftler [in Zukunft] nicht mehr das aktuelle Coronavirus (SARS-Cov2) stellen, sondern die MERS-Viren. MERS sei der nächste Pandemie-Kandidat, sagte Drosten.« (www.capital.de, 19.11.2020)

Das Corona-Desaster ist von Anfang an menschengemacht, begünstigt durch die kapitalistische Produktions- und Lebensweise. SARS-CoV-2 ist an der Schnittstelle von Natur und Ökonomie entstanden. Der genaue Ursprung des Erregers ist noch nicht endgültig geklärt, als wahrscheinlichste Theorie gilt aber nach wie vor, dass das Virus von Fledertieren aus dem südchinesischen Urwald in Yunnan stammt und seinen Weg über den Wildtierhandel in Wuhan zum Menschen fand.[3] SARS-CoV-2 ähnelt genetisch stark dem RaTG13-Virus in einer Hufeisennasen-Fledermaus, andererseits sind die Unterschiede so groß, dass der Erreger den Menschen womöglich über einen Zwischenwirt infiziert hat (etwa über das Pangolin, dessen Fleisch in Asien als Delikatesse gilt und dessen Schuppen

in der Traditionellen Chinesischen Medizin Verwendung finden). Dass gefährliche Viren durch das Überspringen vom Tier auf den Menschen entstehen, kommt in den letzten Jahrzehnten in immer kürzeren Abständen vor. Zu solcherart »zoonotischen« Epidemien und Pandemien gehören unter anderem HIV/Aids (seit 1980), SARS (2002-2003), die Vogelgrippen H5N1 (seit 2004) und H7N9 (2017), die Schweinegrippe (2009-2010) sowie MERS (2012-2016).[4]

Nun sollte man sich den *Huanan Seafood Market* in der 11-Millionen-Stadt Wuhan, wo der Virus-Übersprung vermutlich stattgefunden hat, nicht als flohmarktähnliche Veranstaltung vorstellen wie etwa den Hamburger Fischmarkt. Vielmehr handelt es sich um den umsatzstärksten Großhandelsmarkt in Zentralchina, auf dem rund 1000 Unternehmen ihre Tiere anbieten, und zwar nicht nur, wie der Name nahelegt, Fische und Meeresfrüchte, sondern auch Wildtiere, die in großem Stil auf Farmen gezüchtet werden. Der Wildtierhandel in China ist ein formalisierter Wirtschaftssektor mit 14 Millionen Beschäftigten. Die hochprofitable Tierfarmindustrie dringt dabei immer tiefer in die Wälder von Yunnan vor, erst recht, seit die chinesischen »Reformregierungen« ab den 1990er Jahren wieder auf privatunternehmerische Initiative setzen.[5] Das ganze Problem gründet sich nicht auf Vorlieben in der asiatischen (Ess-)Kultur, sondern auf die Wirtschaftsgeografie im staats- und privatkapitalistischen China, freilich nicht nur dort.

Die großflächige Abholzung von Waldbeständen, um damit Platz für die landwirtschaftliche Produktion und die Tierzucht zu schaffen, findet bekanntlich nicht nur im südlichen China statt, betroffen ist der gesamte Regenwald in Asien, Afrika und Lateinamerika. Die gerodeten Flächen nutzen (neben von anderswo vertriebenen Kleinbauern, die keine andere Wahl haben) vornehmlich die Vieh- und Agrarindustrie. In Brasilien etwa, wo unter der rechten Bolsonaro-Regierung die Rodungen beschleunigt vorangetrieben werden, wird neben Viehwirtschaft unter anderem So-

jaanbau für den Export betrieben. Es sind allerdings nicht allein die Machteliten und Unternehmen im Globalen Süden, die diese Misere herbeigeführt haben: Die EU ist der weltweit zweitgrößte Importeur von Soja, von dem drei Viertel als Futtermittel, also für die hiesige Produktion von Billigfleisch in Gestalt von Hühnern und Schweinen, eingesetzt werden. Und es sind vor allem westliche Agrarkonzerne, die den globalen Handel für landwirtschaftliche Produkte beherrschen und die für die Zerstörung der tropischen Wälder mitverantwortlich sind – Weizen, Mais und Sojabohnen sind die drei wichtigsten Waren, sie werden als Nahrungsmittel, Agrokraftstoff oder Futtermittel verkauft. Drei der fünf transnationalen Unternehmen, die sich 70 Prozent des Weltmarktes teilen, haben ihren Hauptsitz in den USA, das vierte in Amsterdam. Als Nummer fünf hat in den letzten Jahren ein chinesischer Staatskonzern den Kreis der großen Vier erweitert.[6]

Wie der Handel mit Nahrungsmitteln und Agrarrohstoffen ist im Übrigen auch der exotisch anmutende Wildtierhandel nicht auf bestimmte Länder beschränkt, sondern ein globales Geschäft. Deutschland ist EU-weit der größte Absatzmarkt für lebende Wildtiere, die aus Asien, Afrika und Lateinamerika für den Heimtiermarkt importiert werden. Hunderttausende Reptilien, Fische und Säugetiere werden in Deutschland teils legal, teils illegal verkauft. Es sind also nicht auf »Asien« begrenzte (und somit rassistisch zuschreibbare) Gepflogenheiten, die das Problem begründen.

Die kapitalistische Wachstums- und Expansionsdynamik hat die Fläche des Regenwaldes in den letzten Jahrzehnten drastisch reduziert (1950 bedeckte er noch 11 Prozent der Erdoberfläche, jetzt sind es noch 6 Prozent) und damit den Lebensraum auch von Wildtieren immer mehr eingeschränkt. Viele Arten sind vom Aussterben bedroht, andere hingegen, wie etwa verschiedene Fledertiere, werden aus ihren Habitaten vertrieben, lassen sich in den Randzonen städtischer Räume nieder, suchen sich in Obstplanta-

gen und Gärten ihre Nahrung oder nisten in Schweineställen. Fledertiere beherbergen zahlreiche unterschiedliche Coronaviren, sie selbst sind dagegen immun. Dass diese Krankheitserreger den Übersprung auf den Menschen schaffen – etwa über den Verzehr von infiziertem Obst oder dem Fleisch von Zwischenwirten – wird desto wahrscheinlicher, je weiter die profitgetriebene Landnahme und Urbanisierung voranschreitet. Neben SARS und SARS-CoV-2 zählt auch MERS zu den Coronaviren. MERS ist nur schwer von Mensch zu Mensch übertragbar, weshalb hier eine Pandemie ausgeblieben ist. Allerdings liegt die Letalität von MERS bei rund 25 Prozent. Wer glaubt, SARS-CoV-2 sei eine Art epidemiologischer Super-GAU, möge sich ausmalen, dass sich dereinst ein viraler Erreger mit der hohen Ansteckungsrate von SARS-CoV-2 kombiniert mit der Sterblichkeitsrate von MERS ausbreiten könnte.[7]

Neben der agrarindustriellen Zerstörung des Regenwaldes begünstigt auch die industrielle Massentierhaltung die Entstehung gefährlicher Viren. Und die der Logik des maximalen Profits folgende Tierproduktion von Geflügel und Schweinen in großen Mastanlagen gewinnt auch im Globalen Süden immer mehr an Bedeutung, während kleinbäuerliche Betriebe verdrängt werden. Dabei beseitigt die Züchtung genetischer Monokulturen von Nutztieren die vorhandenen Immunschranken, und durch das Zusammenpferchen der Tiere auf engstem Raum werden deren immunologische Abwehrkräfte noch weiter geschwächt. Auf diese Weise sind in den letzten Jahrzehnten die oben erwähnten hoch pathogenen Formen der Vogelgrippe entstanden. Beide infizieren auch Menschen, wenn auch (noch?) selten. Und beide haben ihren Ursprung in Asien (in Hongkong beziehungsweise China). Aber auch die Verwertungskreisläufe der industriellen Fleischproduktion sind mit den westlichen Zentren des Kapitals verknüpft: So erwarb etwa die Investmentbank Goldman Sachs zehn Geflügelfarmen in Fujian und Hunan (einer Provinz in der Nähe von Wuhan) und investierte

dort zusammen mit der Deutschen Bank 300 Millionen Dollar in die Schweinezucht.[8] Nicht nur die Klimakrise, sondern auch eine effektive Pandemie-Prävention erfordert einen *System Change*, der die Ausbeutung von Natur und Tier beendet.[9]

Katastrophe mit Ansage

Je länger man sich mit der Vorgeschichte der Corona-Katastrophe beschäftigt, desto mehr drängt sich der Eindruck auf, dass ein weltumspannender Virus-Ausbruch nur eine Frage der Zeit war – jedenfalls mangelte es nicht an Vorwarnungen von Virolog*innen, Epidemiolog*innen und Expert*innen für biologische Sicherheit, an einschlägigen Forschungsprojekten und Pandemie-Simulationen. Wie nahe manche Prognosen der späteren Wirklichkeit kamen, illustriert auch eine Studie des Robert-Koch-Instituts (RKI) aus dem Jahr 2012: der »Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz«,[10] der verblüffende Parallelen mit der COVID-Pandemie aufweist.

Das Szenario beschreibt »eine von Asien ausgehende, weltweite Verbreitung eines hypothetischen neuen Virus, welches den Namen Modi*-SARS-Virus erhält«. Und weiter: »Der Erreger stammt aus Südostasien, wo der bei Wildtieren vorkommende Erreger über Märkte auf den Menschen übertragen wurde«, und er führt zu ganz ähnlichen Symptomen wie COVID-19, unter anderem zu Fieber und trockenem Husten. Die Letalität ist mit 10 Prozent der Erkrankten allerdings markant höher, und ein Impfstoff ist erst nach drei Jahren verfügbar, sodass »für den gesamten zugrunde gelegten Zeitraum von drei Jahren mit mindestens 7,5 Millionen Toten als direkte Folge der Infektion« auszugehen sei. Unter der Überschrift »Auswirkungen auf das Schutzgut Volkswirtschaft« heißt es dann in dem 88-Seiten-Papier, dass »mit dem Tod einer Vielzahl von Erwerbstätigen zu rechnen ist. Sollten z.B. vier Millionen Erwerbstätige versterben, wären dies ca. zehn Prozent aller Erwerbstätigen, dieser Verlust

wäre volkswirtschaftlich deutlich spürbar und mit einem hohen Einbruch des Bruttoinlandprodukts verbunden.«

Während die RKI-Risikoanalyse nur allgemein ein Wildtier als Ursprungswirt vermutet, waren die Kolleg*innen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) ein Jahr zuvor in ihren Vorhersagen noch treffsicherer: Unter dem Titel »Gefährliche Eindringlinge – Droht nach der Schweine- und Vogelgrippe in Zukunft eine Fledermausgrippe?« verschickte das Ministerium im September 2011 seinen *Newsletter 53*. Nach einem blumigen Einstieg (»Ob als Schaufensterdeko, als Kinderkostüm oder als Fruchtgummi im Supermarktregal – Fledermäuse begegnen uns rund um das Fest Halloween fast täglich.«) warnt eine gefettete Zwischenüberschrift nachdrücklich: »Coronaviren: Gefahr bislang unterschätzt!« Und zu den möglichen Folgen zoonotischer Übertragungen heißt es: »Das Virus wechselt also den Wirt. Oft steht das humane Immunsystem der neuen Herausforderung mehr oder weniger machtlos gegenüber; entsprechend verheerend können Zoonosen wüten.« Des Weiteren informiert das Rundschreiben über eine entsprechende Forschungsvereinbarung, an der neben dem BMBF und dem Landwirtschaftsministerium auch das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) beteiligt ist, das dann bei der verschleppten Reaktion auf SARS-CoV-2 die zentrale Rolle gespielt hat (mehr dazu im Abschnitt »Corona-Skeptiker*innen im Staatsapparat«).

Die Globalisierung des Virus

Für das RKI, das Gesundheitsministerium und Infektionswissenschaftler*innen konnte es also wirklich keine Überraschung sein, dass im Dezember 2019 die chinesischen Behörden die Weltgesundheitsorganisation (WHO) über einen neuen, bisher nicht identifizierten Erreger informierten, der eine schwere Lungenentzündung auslöst. Zehn Wochen später, am 11. März 2020, stuft die WHO die

Verbreitung des neuen Coronavirus, der inzwischen 115 Länder erreicht hat, als Pandemie ein. Anfang April ist die Krankheit in nahezu sämtliche Staaten der Welt angekommen, die Zahl der Infizierten übersteigt die Millionengrenze. So wie der *Ursprung* von SARS-CoV-2 in der kapitalförmigen, rücksichtlosen Vernutzung und Ausbeutung der Natur zu finden ist, so liegt die Ursache der schnellen *Verbreitung* des Virus rund um den Erdball – die mittelalterliche Pest brauchte für den Weg von Asien nach Europa noch 30 Jahre – in der neoliberalen Hyperglobalisierung, die den grenzüberschreitenden Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Menschen und nun auch Viren enorm beschleunigt hat.

China ist nach den USA der wichtigste Handelspartner der Europäischen Union, 16 Prozent des gesamten EU-Warenverkehrs entfallen mittlerweile auf die zweitgrößte Wirtschaftsnation der Welt. So nimmt es nicht wunder, dass Europa der erste Pandemie-Hotspot wurde. Mehr als 5.200 deutsche Unternehmen sind in China aktiv, und der erste deutsche Infektionsfall geht denn auch auf eine Dienstreise zurück. Positiv getestet wurde am 28. Januar ein Angestellter von Webasto in Stockdorf – der Automobilzulieferer beschäftigt weltweit 13.000 Menschen. Der 33-jährige Mitarbeiter hatte sich bei einer chinesischen Kollegin aus Shanghai angesteckt, die zu einer Schulung im bayerischen Stockdorf zu Gast war. Wie eng das Handels- und Reisenetzwerk zwischen der EU und China geknüpft ist, zeigt eine Studie der Universität Southampton, die ergab, dass zwischen Januar und März 190.000 Menschen aus Wuhan und anderen chinesischen Hochrisiko-Gebieten in Großbritannien eingereist sind. Und auf deutschen Flughäfen landen Monat für Monat über 100.000 Flugpassiere aus China, Tourist*innen und Geschäftsreisende. Vorübergehende Grenzschließungen, diagnostische Tests und Quarantänemaßahmen hätten die ungehinderte Ausbreitung des Virus nach Europa zumindest abbremsen können, sie sind als Unterbrechungen der Schlagadern des Welt-

handels aber tabu. »In genau jenem Moment Anfang März, als die EU zur Abriegelung ihrer Außengrenzen nicht einmal mehr davor zurückschreckte, Griechenland bei der Außerkraftsetzung der Genfer Flüchtlingskonvention zu unterstützen, setzte sich die Kommission vehement gegen Grenzschließungen innerhalb des Schengen-Raums zur Eindämmung von COVID-19 ein. Offensichtlich galt der Erhalt der vier Grundfreiheiten (freier Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr) – die symbolträchtigen Eckpfeiler des neoliberalen Binnenmarktprojekts – als bedeutender als eine konsequente Eindämmung der drohenden Pandemie durch eine Verringerung des grenzüberschreitenden Reiseverkehrs.«[11] Wobei man allerdings in Sachen Grenzschließungen und Einreisekontrollen ergänzen muss: Sobald sich ein Virus über die Grenzen von Ländern hinweg mehr oder weniger gleichmäßig ausgebreitet hat, sind sie nicht nur sinnlos, sondern sie betreiben ein *Othering* des Problems – das Virus, das sind die anderen – und stehen einer im globalen Maßstab solidarischen Pandemiebekämpfung eher im Wege. Längerfristig geschlossene Staatsgrenzen befeuern Nationalismus, Rassismus und Xenophobie. Aber nicht nur in der Grenzfrage hat die deutsche Regierung viel zu spät auf die sich abzeichnende Katastrophe reagiert.[12]

Corona-Skeptiker*innen im Staatsapparat

»Das beste Mittel gegen Panik ist, wenn man geeignete Maßnahmen ergreift.« (Alexander Kekulé, Virologe, 28.1.2020)

Die Chronologie beginnt am 31. Dezember: Da versendet das internationale Frühwarnsystem ProMED (Program for Monitoring Emerging Diseases) eine E-Mail, die auf eine unbekannte Lungenentzündung in China aufmerksam macht. Die Nachricht geht auch nach Berlin ans RKI, das dem Gesundheitsministerium unterstellt ist. Ab Januar setzt dann erstmal eine lange Phase der Untätigkeit, des Abwiegelns und der Virus-Verharmlosung ein. »Die laut Infektionsschutzgesetz und Pandemieplänen vorgesehenen Maßnahmen durch die Behörden

und das Gesundheitssystem werden schnell und effektiv umgesetzt werden«, heißt es in der oben beschriebenen RKI-Risikoanalyse von 2012. Im Frühjahr 2020 blieben genau diese Maßnahmen lange Zeit aus. Was ist zwischen der ProMED-Meldung vom 31. Dezember und den Kontaktverbots-Beschlüssen am 22. März passiert beziehungsweise nicht passiert?[13]

- Am 8. Januar identifiziert China ein neues Coronavirus als Ursache der Lungenkrankheit, drei Tage später steht das Genom des Virus online. Nachdem zunächst auch die chinesischen Behörden die Gefahr kleinreden, wird am 20. Januar die Mensch-zu-Mensch-Übertragbarkeit bestätigt, und am 23. Januar wird die Millionenmetropole Wuhan vollständig abgeriegelt.
- 27. Januar: Die Pressesprecherin des RKI vergleicht Corona mit der saisonalen Grippe (sic!), mit dem aus heutiger Perspektive überraschenden Ergebnis: »Die Influenza ist tatsächlich die ganz konkrete Gefahr.«[14]
- Dem widerspricht einen Tag später der Virologe Alexander Kekulé: »Nun sagen die Behörden, dass Maßnahmen an den Flughäfen nichts bringen und dass die normale Grippe-Infektion viel schlimmer sei. Das ist natürlich falsch. Man muss die Ausbreitung dieses Virus, das nichts anderes als ein SARS-Virus ist, verhindern. Sonst kriegen wir chinesische Verhältnisse.«[15]
- 29. Januar: Ein Tag nach dem Webasto-Infektionsfall – in China gibt es bereits 80 Todesopfer– kommt der Gesundheitsausschuss im Deutschen Bundestag zusammen. Das Thema Coronavirus steht als letzter Punkt auf der Tagesordnung.
- 30. Januar: Christian Drosten, Leiter des Instituts für Virologie der Charité, erläutert in einem Fernsehinterview, dass SARS-CoV-2, anders als sein Vorgänger, schon in der Inkubationszeit ansteckend sein könnte – was die Gefahr einer unkontrollierbaren Ausbreitung des Erregers enorm erhöhe: »Eine Entwarnung kann ich leider nicht geben.«[16]

♦ 12. Februar: Das wöchentlich erscheinende *Epidemiologische Bulletin* des RKI (7/2020) widmet sich SARS-CoV-2. Spätestens jetzt ist den RKI-Wissenschaftler*innen augenscheinlich klar, dass sich eine medizinische Katastrophe zumindest anbahnen *könnte*: »Die globale Entwicklung legt nahe, dass es zu einer weltweiten Ausbreitung des Virus im Sinne einer Pandemie kommen kann. [...] Auch in Ländern wie Deutschland könnte dies zu einer hohen Belastung der medizinischen Versorgung führen.« Am gleichen Tag erklärt indessen Jens Spahn im Gesundheitsausschuss, die Gefahr einer Pandemie sei »eine zurzeit irreale Vorstellung«.

♦ 21. Februar: Der Chef der WHO, Tedros Adhanom Ghebreyesus, warnt, dass die Zeit zur Eindämmung des Virus knapp werde. »Wir dürfen nicht eines Tages zurückblicken und es bereuen, dass wir von diesem Zeitfenster nicht Gebrauch gemacht haben.« Zwei Tage später erklärt Christian Drosten: »Ich glaube nicht mehr daran, dass eine Pandemie vermeidbar ist.«[17] Nochmal Alexander Kekulé, diesmal in der *Zeit* (vom 25. Februar): »Es ist längst eine Pandemie.« Erneut mahnt er an, dass wir »das neue Virus auch in Deutschland sehr ernst nehmen müssen«.[18]

♦ Am 26. Februar kommen im Bundesinnenministerium Experten zusammen. Bei dem Treffen geht es unter anderem darum, dass der Vorrat an Schutzmasken knapp sei. Zwei Tage zuvor verzeichnete Norditalien die ersten Corona-Toten.

♦ Am 2. März – seit dem 28. Februar schätzt die WHO in ihren Berichten das Risiko auf globaler Ebene schon als »sehr hoch« ein – tagt erneut der Gesundheitsausschuss: Es wird auch über die Absage von Großveranstaltungen diskutiert. Spahn spricht sich dafür aus, dass die Behörden vor Ort entscheiden sollen – »ohne dass man belehrend aus Berlin kommt«, heißt es im Protokoll.

♦ Am 9. März dann empfiehlt die Bundesregierung die Absage aller Großveranstaltungen mit mehr als 1000 Teilnehmer*innen. Einen Tag zuvor wurde bereits die gesamte Lombardei abgeriegelt.

♦ Am 12. März appelliert Merkel nach einem Treffen mit den Ministerpräsident*innen an die Bürger*innen, alle nicht notwendigen Veranstaltungen abzusagen und auf Sozialkontakte zu verzichten.
♦ 13. März: Fast alle Bundesländer schließen die Schulen und die Kitas.
♦ Aber noch am 14. März – die WHO hatte inzwischen schon den Pandemiefall ausgerufen – warnt das BMG per Twitter vor »!Fake News!«: Es sei falsch, dass »bald massive weitere Einschränkungen des öffentlichen Lebens angekündigt« werden: »Das stimmt NICHT!«
♦ 16. März: Deutschland macht die Grenzen weitgehend dicht. Ausnahmen gibt es, klar, für Berufspendler*innen und den Warenverkehr. Die Bundesregierung ordnet zudem eine umfangreiche Schließung von Geschäften, öffentlichen und kulturellen Einrichtungen an. Geöffnet bleiben Supermärkte, Drogerien, Apotheken, Banken, Poststellen. Gaststätten arbeiten nur noch eingeschränkt.
♦ 19. März: Schockbilder aus Italien: Das Krematorium in Bergamo ist überfüllt, Militärfahrzeuge müssen beim Abtransport der Leichen helfen.
♦ 22. März: Die Bundesregierung und Länderchefs ordnen Ausgangsbeschränkungen und Kontaktverbote an. Zusammenkünfte und Ansammlungen in der Öffentlichkeit von mehr als zwei Personen jenseits der Kernfamilie sind verboten. Hinzu kommt die Schließung von Restaurants und körpernahen Dienstleistungsbetrieben.

Als in der zweiten Märzwoche die Maßnahmen beginnen, sind seit der ProMED-Meldung mehr als zwei Monate vergangen, in denen die bundesdeutschen Entscheidungsträger die Bedrohung trotz einschlägiger Vorwarnungen nach Kräften ignoriert und sich geweigert haben, dem sich abzeichnenden Desaster entgegenzuwirken. Wegen dieser fortgesetzten Tatenlosigkeit hat sich das Virus inzwischen ungehindert verbreiten können. Mit den Beschlüssen vom März wird dann eine Art gesundheitspolitischer Ausnahmezustand installiert, elementare Grund- und Freiheitsrechte werden massiv eingeschränkt.[19]

Haushaltsdisziplin statt Prävention

Es ist schwer zu sagen, welche Restriktionen im März nötig waren, um die schnelle Ausbreitung der Seuche zu bremsen. Wenn aber schwerwiegende Eingriffe unvermeidbar waren, dann nicht nur deshalb, weil sie zu spät erfolgten, sondern weil Deutschland (ebenso wie die anderen bürgerlich-kapitalistischen Staaten) sehr schlecht auf eine Pandemie, mit der man doch offensichtlich rechnen musste, vorbereitet war. Es fehlte Personal und Material in den Krankenhäusern, die man in Profitmaschinen verwandelt hatte, ebenso wie in der Altenpflege; es fehlten allerorten medizinische Schutzausrüstung sowie Desinfektionsmittel; es fehlten für jede Pandemie-Eindämmung fundamental wichtige Testkapazitäten, und es fehlten in den einem jahrzehntelangen Sparzwang ausgesetzten Gesundheitsämtern die Mitarbeiter*innen samt technischer Ausstattung, die die Infektionsketten hätten zurückverfolgen und unterbrechen können.

Für den weiteren Verlauf der Auseinandersetzungen um das Regierungshandeln sollte sich als bedeutsam erweisen, dass auch zig Millionen einfache OP-Masken für die Bevölkerung fehlten – diesen Mangel zu kaschieren dürfte der wesentliche Grund gewesen sein, warum Jens Spahn und anderes Staatspersonal sich lange Zeit weigerten, deren Zweckmäßigkeit anzuerkennen. Diese einfache Eindämmungsmaßnahme, die wenig Schaden anrichtet,[20] wurde über Wochen systematisch ignoriert und kleingeredet, weil es nicht zu den Stärken der Repräsentanten autoritärer Staatlichkeit gehört, Fehler und Versäumnisse offen einzugestehen – und das wäre nötig gewesen, hätte man die Bevölkerung frühzeitig gebeten, Alltagsmasken selbst zu fertigen. Die Farce um den später im Streit mit den Corona-Leugner*innen ideologisch aufgeladenen Mund-Nasen-Schutz – von dessen Verwendung das RKI zunächst abrät,[21] weil er eine »falsche Sicherheit« vermittele, der aber wenige Wochen später bußgeldbewehrt zur Pflicht erklärt und Teil der

Auf dem Set der 2019 produzierten und im Juli 2020 ausgestrahlten Virus-Katastrophen-Serie des ZDF *Sløborn* gab es offenbar keinen Maskenmangel.

AHA-Formel wird – hat gewiss nicht wenig dazu beigetragen, dass die Glaubwürdigkeit des staatlichen Krisenmanagements deutlich Schaden genommen hat.

Eine umfassende Katastrophen-Prophylaxe kostet den Staat Geld. Staatsausgaben sind aber stets umkämpft. Einem austeritätspolitisch geprägten Staat, der sich »Haushaltsdisziplin« auferlegt, ist die Vorbereitung auf die mögliche, aber ungewisse Gefahr einer Epidemie schlicht zu teuer. Ende März ging eine Meldung aus Belgien durch die Presse: Im Herbst 2019 hatte die Regierung sechs Millionen medizinische FFP2-Masken vernichten lassen, weil das Haltbarkeitsdatum abgelaufen war. Für Ersatz wurde nicht gesorgt: aus Kostengründen. Die nicht ersetzten Masken stehen exemplarisch und stellvertretend für heruntergewirtschaftete medizinische Infra-

strukturen in allen neoliberal regierten Staaten, wobei die Sparpolitik in den südlichen Ländern der EU nicht zuletzt auch von außen durchgesetzt oder verschärft wurde. Die hohe Anzahl der Toten vor allem in Italien und Spanien ist auch Resultat des 2012 vereinbarten »Europäischen Fiskalpaktes«, der die »Schuldenbremse«, die Deutschland schon 2009 im Grundgesetz verankert hatte, in den EU-Staaten verallgemeinerte. Mit-Architektin und entschlossene Verfechterin des Paktes war die Merkel-Regierung.

Staatsversagen und Kostenkalküle

Ebenso wenig wie die mangelnde Epidemie-Vorsorge ist die späte Reaktion der Behörden in erster Linie einzelnen Entscheidungsträger*innen anzulasten (umgekehrt gibt es allerdings auch wenig Grund, ihnen nun übermäßige Kompetenz zuzubilligen). Das Staatsversagen ist ja keine deutsche Besonderheit, andere westliche, industriekapitalistische Länder haben nicht weniger zögerlich auf die Katastrophe reagiert:[22] Die anfängliche Pandemie-Leugnung der Funktions- und Machteliten ist systemisch bedingt.[23]

Wenn wir das verschleppte, dann entschlossene, unter dem Eindruck der Schreckensszenarien aus Norditalien auch panische und teilweise kopflose Handeln[24] der bundesdeutschen Entscheidungsträger verstehen wollen, ist ein Blick in ein geleaktes Papier aus dem Bundesinnenministerium sehr hilfreich, das Sinn und Zweck der staatlichen Operationen und Notfallverordnungen offenlegt.

Das 17-seitige Dokument wurde von Horst Seehofer am 18. März bei seiner Grundsatzabteilung in Auftrag gegeben und nach dem Maßnahmenpaket vom 22. März unter anderem Angela Merkel, Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer und Jens Spahn vorgelegt.[25] Entstanden ist es – mit Beteiligung des RKI und weiterer Experten auch aus dem Ausland – unter Federführung des Staatssekretärs Markus Keber: von 2011 bis 2017 Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Mitglied

der marktradikalen Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung und im Vorstand der Commerzbank. Man darf wohl annehmen, dass das Papier Grundlage der Krisenpolitik der folgenden Wochen war.

Nach der Nichtstun-Phase war man nun zur Erkenntnis gelangt, dass »die Frage ›was passiert, wenn nichts getan wird?‹ mit einem Worst-Case-Szenario von über einer Million Toten im Jahre 2020 – für Deutschland allein« beantwortet werden müsste. Auch wer von einem Strategiepapier aus dem Seehofer-Ministerium keine Gefühlsduselei erwartet, könnte meinen, eine Million Tote seien Handlungsgrund genug. In Fettdruck hervorgehoben ist das, was die Autor*innen aber am meisten interessiert: die »makroökonomischen Negativeffekte« – »Eine Unterschätzung der Größenordnung dieser Herausforderung [würde] zu immensen, irreversiblen Schäden führen.«

Und so kommen die Verfasser, nachdem sie verschiedene Szenarien mit unterschiedlichen Opferzahlen durchgerechnet haben, im Kapitel »Wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen« zum Eigentlichen: »Die deutsche Volkswirtschaft ist eine Hochleistungsmaschine«. Die Voraussetzung für deren Funktionieren sei, »dass der überwiegende Teil aller bestehenden Unternehmen und Arbeitnehmer einsatzfähig ist und die Integrität des Gesamtsystems nicht in Frage gestellt wird«. Und weiter: »Sollten die hier vorgeschlagenen Maßnahmen zur Eindämmung und Kontrolle der COVID-19-Epidemie nicht greifen, könnte im Sinne einer ›Kernschmelze‹ das gesamte System in Frage gestellt werden. Es droht, dass dies die Gemeinschaft in einen völlig anderen Grundzustand bis hin zur Anarchie verändert.« Besorgt zeigt sich das BMI-Papier auch davon, dass die »gegenwärtige Krise durch COVID-19 [...] ein harter Schlag für das Vertrauen in die Institutionen« sei. Aber: »Dem kann und muss entgegengewirkt werden. Dies gelingt am besten, wenn der Staat [...] als mobilisierender Faktor tätig und sichtbar wird.« Sollte es zudem gelingen, über »ein gemeinsames Narrativ

(#wirbleibenzuhause oder ›gemeinsam distanziert‹ [...])« sowie über die Mobilisierung von »Nachbarschaftsgemeinschaften« die Krise zu bewältigen, dann könne dies, so endet das Dokument, »auch zukunftsweisend sein für eine neue Beziehung zwischen Gesellschaft und Staat«.

Man kann das Strategiepapier des BMI als knappe Einführung in marxistische Staatstheorie lesen. Danach ist Zweck und Funktion des Staates in der bürgerlichen Gesellschaft, als »ideeller Gesamtkapitalist« (Engels) die Rahmenbedingungen der kapitalistischen Produktionsweise – die »Integrität des Gesamtsystems« – zu garantieren. Dazu gehört erstens, dass der Staat einen reibungslosen Kapitalverwertungsprozess zu gewährleisten versucht, der ihm selbst, über Steuereinahmen, überhaupt erst seine Handlungsspielräume verschafft. Zweitens muss er dafür Sorge tragen, dass dem Kapital hinreichend brauchbare und also auch leidlich gesunde Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, die drittens als Staats- und Wahlbürger*innen mit der ganzen Veranstaltung auch noch ihr Einverstandensein bekunden müssen.

Dass der Staat also zunächst sehr spät, dann aber doch mit weitreichenden, auch die Interessen des Kapitals tangierenden Restriktionen auf die Pandemie reagiert hat, erklärt sich wesentlich aus einer Revision der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung: Die Verantwortlichen gelangten im Laufe des März zu der Einsicht, dass Eingriffe in den Verwertungsprozess im Vergleich zu Hundertausenden toten Arbeitskräften das kleinere Übel sind, wobei die Annahme, so heißt es in einem zweiten Strategiepapier des BMI vom April, einer »relativ klassenindifferenten Vulnerabilität«[26] der Bevölkerung – dass also das Virus auch die Funktionseliten des Staates und die Charaktermasken des Kapitals selbst erwischen könnte – den Kurswechsel begünstigt haben dürfte. Das massenhafte Sterben hätte aber auch das »Vertrauen in die Institutionen« nachhaltig untergraben – umgekehrt konnte man nun das Aktivwerden zugun-

ten der Gesundheit der Staatsbürger*innen zusätzlich als sympathiefördernden Kollateralnutzen auf der Haben-Seite verbuchen. Der später oft betonte, angebliche hehre Zweck der Maßnahmen, der »Schutz der Risikogruppen«, spielt nun allerdings nicht nur in dem vertraulichen Papier überhaupt keine Rolle, er interessiert den Staat auch ansonsten nur wenig – was sich unter anderem darin niederschlägt, dass in den Altenheimen rund 120.000 zusätzliche Pflegekräfte fehlen, die nötig wären, um den Mitarbeiter*innen und Bewohner*innen ein einigermaßen erträgliches Arbeiten und Leben zu ermöglichen. Auch Leid und Tragik, die durch die Besuchsbeschränkungen in den Heimen verursacht wurden, wären weniger unerbittlich ausgefallen, hätte es dort nicht einen eklatanten Mangel an Pfleger*innen und Schutzausrüstung gegeben.

Der ideologische Begleiteffekt der Seuchenbekämpfung wird von den Verantwortlichen mit Genugtuung registriert. Den Autoren eines zweiten vertraulichen BMI-Dokuments vom April bereitet ein wachsendes »positives Staatsverständnis« Freude: Die in den vergangenen Jahren entstandene »Aversion gegen den Staat ist bereits jetzt auf dem Rückzug«.[27]

Schockwirkungen

Von der Bagatellisierung der Bedrohung zur Drastik eines Horrorszenarios – auch in der Krisenkommunikation vollzieht das geleakte BMI-Papier vom März, das nun eindringlich anmahnt, den »Worst Case [zu] verdeutlichen«, eine Kehrtwende. Und bei den empfohlenen Mitteln ist man nicht zimperlich: Um die »gewünschte Schockwirkung« zu erzielen, »müssen die konkreten Auswirkungen einer Durchseuchung auf die menschliche Gesellschaft« aufgezeigt werden. Und das geht so: »Viele Schwerkranke werden von ihren Angehörigen ins Krankenhaus gebracht, aber abgewiesen, und sterben qualvoll um Luft ringend zu Hause. Das Ersticken oder nicht genug Luft kriegen ist für jeden Menschen

eine Urangst.« Und weiter: »Kinder werden sich leicht anstecken, selbst bei Ausgangsbeschränkungen, z.B. bei den Nachbarskindern. Wenn sie dann ihre Eltern anstecken, und einer davon qualvoll zu Hause stirbt und sie das Gefühl haben, Schuld daran zu sein, weil sie z.B. vergessen haben, sich nach dem Spielen die Hände zu waschen, ist es das Schrecklichste, was ein Kind je erleben kann.« Oder: »Folgeschäden: Auch wenn wir bisher nur Berichte über einzelne Fälle haben, zeichnen sie doch ein alarmierendes Bild.[28] Selbst anscheinend Geheilte nach einem milden Verlauf können jederzeit Rückfälle erleben, die dann ganz plötzlich tödlich enden, durch Herzinfarkt oder Lungenversagen [...]. Dies mögen Einzelfälle sein, werden aber ständig wie ein Damoklesschwert über denjenigen schweben, die einmal infiziert waren.«[29]

In einer Pandemie ist die Angst, sich oder andere mit der tödlichen Krankheit anstecken zu können, kein schlechter Ratgeber; im Gegenteil, sie führt zum *Social Distancing*, ganz unabhängig davon, welche Restriktionen von Staats wegen verordnet werden. Diese Selbsttätigkeit der Menschen gilt als entscheidender *Containment*-Faktor.[30] Insofern ist die nachdrückliche, auch eindringliche Information der Öffentlichkeit die wohl wichtigste staatliche Aufgabe in der Pandemie überhaupt. Die »Urängste« der Menschen zu mobilisieren, um damit eine »Schockwirkung« zu erzielen, fällt aber wohl in eine andere Kategorie: Schwarze Pädagogik und autoritäre Angstpolitik. Im Angesicht der Corona-Gefahr formierte sich die Mehrheit der Bevölkerung nicht nur als Vernunft- und Solidargemeinschaft (das sicher auch), sondern auch als Angstgemeinschaft[31] – dazu beigetragen hat auch ein Teil der etablierten Medien.[32]

Natürlich nicht, weil sie sich ihre Themen und Texte vom Innenministerium diktieren ließen, sondern aus der Eigendynamik privatwirtschaftlicher Konkurrenz heraus, haben sich auch Qualitätsmedien im Wettstreit um Bezahl-Leser*innen und zwecks Generierung von Clickbaiting-Content dazu hergegeben, boulevardi-

sierte, voyeuristische Reportagen über COVID-Kranke,[33] alarmistische, das Publikum eher abstumpfende Dauer-Übertreibungen der epidemiologischen Lage und fragwürdige, aufgebauschte Studien in Umlauf zu bringen, und so mitunter überflüssiges »Aufmerksamskeitsgeheische« (Drosten) erzeugt.[34] Und User*innen in den Sozialen Medien haben das Material bereitwillig multipliziert – mit dem gut gemeinten Anliegen, den Virus-Verharmloser*innen, die erfundene, verschwörungsideologische »Fakten« in Facebook & Co einspeisten, Kontra zu geben. »Die kapitalistische Medienlogik – *sex sells, panic sells, spectacle sells* – macht mit, es herrscht ein Informationschaos, dessen Ausmaße oszillieren zwischen exzessiver Panikmache – ›Die meisten von uns werden erkranken, viele Junge und Alte werden sterben!‹ – und *Derailing* – ›eine normale Influenza ist viel gefährlicher, die meisten Menschen werden kaum mal leichte Symptome haben!‹«[35] Die Angstrhetorik in Teilen der oft regierungskonform und mitunter – etwa bei der Einführung der Corona-App – kampagnenartig berichtenden, bürgerlichen Medien auf der einen Seite, die Verbreitung von grobem Unfug und Irrationalismen aller Art durch »Querdenker« und YouTube-Clowns auf der anderen Seite: Der »Mainstream« in der kapitalistischen Medienlandschaft ist ebenso wie sein krudes »Alternativmedien«-Gegenüber einer auf Entschlossenheit *und* Besonnenheit sich gründenden Notfallpolitik wenig förderlich.

Corona-Leugnung und Corona-Panik gehen in Teilen der Bevölkerung eine Verbindung ein mit dem autoritären Charakter in unterschiedlichen Ausformungen. Hier der treffend als »konformistische Rebellion«[36] beschriebene Schein-Widerstand der Esoteriker, Verschwörungsideologen, Reichsbürger und Antisemiten, die sich den Vor-Krisenzustand zurückwünschen. Dort ein blühendes Denunziantentum, das der mancherorts auf dem Höhepunkt der Kontaktsperren im April überlasteten Polizei Appelle zur Mäßigung abverlangte: Die Mitbürger*innen »sollten nicht jedes Mal

Bericht erstatten, wenn sie drei Leute auf einer Parkbank sitzen sehen«, so ein Beamter aus Magdeburg.[37] Die »autoritären Aggressionen« aus der F-Skala[38] toben sich zudem in xenophob, manchmal auch sexistisch aufgeladenen Bestrafungswünschen zum Beispiel gegen die angebliche (US-amerikanische) »Superspreaderin von Garmisch-Partenkirchen«[39] aus.

Freizeit-Lockdown[40] und die Legende vom »Shutdown«

»Besser eine Grippe als eine kaputte Wirtschaft.«
(Alexander Dibelius, Investor)[41]

Dem Seuchenmanagement in Deutschland war daran gelegen, den Kapitalkreislauf durch die Maßnahmen so wenig wie möglich zu stören. Um das rasante Zirkulieren des Erregers zu bremsen, erschien es Mitte März gleichwohl unabdingbar, einen Großteil des Handels sowie viele Dienstleitungsbetriebe zwangsweise zu schließen. Hier zeigt sich, dass der Staat durchaus in der Lage ist, sich über die Interessen einzelner Kapitalfraktionen hinwegzusetzen. Eingriffe ins Zentrum der bundesdeutschen Profitproduktion, das produzierende und weiterverarbeitende Gewerbe, das auch für die Konkurrenz auf dem Weltmarkt von entscheidender Bedeutung ist, waren indes tabu. »Wir haben keine Produktionsstätten geschlossen wie Frankreich oder Spanien. Bei uns gab es Absatzschwierigkeiten und Engpässe wegen unterbrochener Lieferketten, aber das Produzieren war grundsätzlich nicht verboten«, so Arbeitsminister Hubertus Heil im FAZ-Interview.[42] Selbst die deutsche Rüstungsindustrie konnte mitten in der Pandemie unbehelligt ihr Kriegswerkzeug vom Band lassen.[43]

Es wurde nicht nur kein einziger Industriebetrieb von Staats wegen dicht gemacht, es dauerte bis zum 16. April, also einen ganzen weiteren Monat, bis das Bundesministerium für Arbeit und Soziales überhaupt Infektionsschutzmaßnahmen für die Unternehmen zu Papier brachte, wobei dieser »SARS-CoV-2-Arbeitsschutzstandard«

Lockdown? Ohne uns!

♦ »Auf Anfrage unserer Zeitung bestätigte der Konzern, dass am Kasseler Standort des Münchner Rüstungsbetriebs Krauss-Maffei Wegmann (KMW) weiterhin produziert werde. ›Bis jetzt widerlegen uns die Fakten nicht‹, sagte Unternehmenssprecher Dr. Kurt Braatz. Weder im Kasseler noch im Münchener Werk gebe es bislang einen Coronafall. [...] Material für die Produktion steht dem Werk trotz der Coronakrise zur Verfügung.« (*Hessische/Niedersächsische Allgemeine*, 4.4.2020)

♦ »›In den Rheinmetall-Werken in Europa und Amerika laufe die Produktion derzeit stabil‹«, sagte [Vorstandschef Armin] Papperger. Die Werke in China seien inzwischen wieder auf 70 Prozent ihrer Kapazität hochgefahren. [...] Im [...] Rüstungsbereich rechnet Rheinmetall mit einem Umsatzzuwachs von 5 bis 7 Prozent.« (*Hellweger Anzeiger*, 8.3.2020)

♦ »Der breite Abverkauf an den Börsen traf auch die Aktien von ThyssenKrupp und Rheinmetall zuletzt mit voller Wucht. [...] Zumindest im Bereich Rüstung hat die Corona-Krise aber wohl nur geringe Auswirkungen. Gute Nachrichten kamen nun zudem von der Bundesregierung. [...] Altmaier teilte [...] mit, dass der Bundessicherheitsrat grünes Licht für zahlreiche Rüstungsexporte gegeben habe. So darf [...] ThyssenKrupp Marine Systems ein U-Boot an Ägypten und vier Kriegsschiffe an Israel liefern. Rheinmetall kann Munition und Zünder im Wert von 179 Millionen Euro nach Katar exportieren.« (*Der Aktionär*, 31.3.2020)

♦ »Heckler&Koch kann trotz Coronavirus weiter Waffen produzieren, einige davon aber nicht verkaufen. Ohne amtliches Zertifikat geht die Ware nicht raus. Zusammen mit den Behörden sucht man nach einer Lösung – mit Erfolg. [...] So ist es HK laut einer Mitteilung ›bisher gelungen, die Produktion weitestgehend aufrecht zu erhalten‹.« (*Schwarzwälder Bote*, 7.4.2020)

dann nur unverbindliche Empfehlungen enthielt. Die Umsetzung bundesweit verpflichtender Hygieneregeln scheiterte am Widerstand der Kapitalverbände.[44]

Auf dem Umweg über die wegbrechende Konsumentennachfrage durch die staatlichen Notfallverordnungen und wegen der abgerissenen globalen Wertschöpfungsketten musste die exportlastige deutsche Wirtschaft trotz allem die größten Einbrüche der Nachkriegszeit verbuchen. Auch der Wert der Aktienvermögen ging zeitweise in den Keller, die Börsen hatten sich dank der rechtskeynesianischen Staatsinterventionsprogramme aber bereits im Juli 2020 wieder einigermaßen erholt. Vor allem wegen der Erfolgsmeldungen in Sachen Impfstoffe kletterte der DAX Ende November sogar wieder auf das Rekordniveau der Vor-Krisen-Zeit.

Wer zahlt? (I)

Während es gelang, die kapitalistische Verwertungs- und Exportmaschine flott wieder auf Hochtouren zu bringen, hatten die Kosten der Krise vor allem die subalternen Klassen, unterprivilegierte und marginalisierte Gruppen zu tragen. Die Ausgangsbeschränkungen und Kontaktverbote verschärften die Isolation ohnehin einsamer, psychisch belasteter Menschen, und sie führten zu steigender Gewalt gegen Frauen und Kinder. Von den sozialen Verwerfungen im besonderen Maße betroffen waren und sind auch Obdachlose, Menschen mit Behinderungen, Illegalisierte und Gefangene. Ein grelles Licht auf die Klassenverhältnisse und den Rassismus in Corona-Deutschland warfen die Ereignisse im Juni 2020 in Göttingen: Nachdem 120 Menschen eines Hochhauskomplexes positiv getestet wurden, verhängten die Behörden über die 700 Bewohner*innen des Wohnblocks – vor allem Hartz-IV-Empfänger*innen und Migrant*innen – ohne Vorwarnung eine Massen-Quarantäne und überließen die hinter einem Bauzaun Eingesperrten so dem Virus. Einen Ausbruchsversuch beantworte die Polizei mit dem Einsatz

von Pfefferspray und Tränengas; gegen 36 der Betroffenen ermitteln die Behörden nun unter anderem wegen schweren Landfriedensbruchs, tätlichen Angriffs auf Polizeibeamte und Beleidigung.[45]

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise trafen in besonderem Maße prekär entlohnte Beschäftigte in der Gastronomie und im Tourismus, ebenso Kulturschaffende, Studierende und Sexarbeiter*innen. Für viele Soloselbstständige und Kleinstunternehmer*innen sind die Krisenfolgen – trotz staatlicher Förderungen – existenzbedrohend. Der Forderung, die Hartz-IV-Sätze greifbar anzuheben, verweigerte sich die Regierung erfolgreich. Und die Atempause, die die Corona-Krise Abschiebehäftlingen und von Zwangsräumung bedrohten Mieter*innen verschaffte, erledigte sich mit der Rückkehr zur alten Normalität. Auf der anderen Seite stehen die Großverdiener und Multimilliardäre, die – wie im antikapitalistischen Bilderbuch – gerade in der Krise ihren Reichtum so schnell wie noch nie mehren konnten. Der Club der Superreichen in Deutschland wuchs zwischen März 2019 und Ende Juli 2020 von 114 auf 119 Mitglieder, und ihr Nettovermögen stieg nach einem kurzen Einbruch zu Beginn der Pandemie von 500,9 Milliarden Dollar auf 594,9 Milliarden Dollar an. Das Regierungshandeln und die Krisenfolgen haben die soziale Spaltung weiter vertieft.

Das Virus selbst ist klassenblind, es nimmt auch keine ethnischen Zuschreibungen vor, es unterscheidet nicht nach Herkunft oder Religion. Es sind die gesellschaftlichen Verhältnisse, die Menschen in beengten Wohnverhältnissen, in Geflüchtetenlagern, aber auch (meist migrantische) Leiharbeiter*innen (nicht nur) in der Fleischindustrie sowie Gesundheitsarbeiter*innen einem erhöhten Infektionsrisiko aussetzen. Zudem dürfte COVID-19 für ärmere Menschen überdurchschnittlich oft zu schweren und tödlichen Krankheitsverläufen führen, unter anderem, weil hier Vorerkrankungen stärker verbreitet sind. »Es gibt eine sehr starke soziale Komponente bei dieser Krankheit«, berichtet ein Arzt auf der Iso-

lierstation für COVID-19-Kranke in der FAZ, »viele sozioökonomische Faktoren tragen dazu bei, ob man diese Krankheit bekommt und wie schwer sie verläuft«. Erste valide Zahlen dafür gibt es – wie bereits für die USA und Großbritannien[46] – auch für Deutschland.[47]

Die Voraussetzungen, Ausprägungen, die sozialen Härten und politischen Folgen der Virus- und Wirtschaftskrise erörtern und analysieren im Block »Corona-Kapitalismus & Sozialepidemiologie« Julia Dück, Silke van Dyk, Stefanie Graefe und Tine Haubner, Sabine Nuss, Jan Pehrke, Thomas Sablowski, Theodor Schaarschmidt, Velten Schäfer und Ingar Solty, Georg Seeßlen, Natascha Strobl, Timo Stukenberg und Carolin Wiedemann.

Die globale Seuche

Während Deutschland, mit der stärksten Volkswirtschaft Europas und einer vergleichsweise intakten medizinischen Infrastruktur im Rücken,[48] trotz eklatanter Versäumnisse (bisher) vergleichsweise glimpflich davonkam, wütete das Virus in anderen europäischen Staaten wie Italien, Frankreich, Spanien, Großbritannien und Schweden mit weit verheerenderen Folgen – bevor sich dann das Epizentrum der Seuche nach Lateinamerika verlagerte. Gemessen an der Zahl der Todesfälle je Einwohner*in ist Peru das meistbetroffene Land der Welt, auch in Bolivien, Brasilien, Ecuador, Mexiko, Chile traf das Virus die Menschen mit voller Wucht. Ebenso zählen Südafrika und einige Staaten Asiens, allen voran Indien mit seinen 1,3 Milliarden Einwohner*innen, im Herbst 2020 zu den pandemischen Brennpunkten.

Mehr noch als in den industriekapitalistischen Staaten des Nordens sind Ursachen und Folgen der Verbreitung von COVID-19 in den Ländern des Globalen Südens durch Verhältnisse sozialer Ungleichheit bestimmt. Oft wurde der Erreger von den politischen und ökonomischen Eliten eingeschleppt, während vor allem die Menschen in den Elendsvierteln dem Virus schutzlos ausgeliefert

sind – *Social Distancing* ist hier ebenso wenig möglich wie die Befolgung elementarer Hygieneregeln. Und für die Erkrankten fehlt es an wenigstens rudimentär leistungsfähigen und für Arme zugänglichen Gesundheitssystemen. Es wird geschätzt, dass zwei Drittel der weltweiten COVID-Opfer auf die Länder des Globalen Südens entfallen. In manchen Peripherie-Ländern sind Millionen Wanderarbeiter und Kleinbauern, Tagelöhner und Straßenverkäufer vor die Alternative gestellt, sich mit dem Virus zu infizieren oder an Hunger zu sterben. Während in Deutschland die Pflicht, einen textilen Mund-Nasen-Schutz zu tragen, Menschen auf die Straße treibt, ist es in den Slums und Armenvierteln der Welt die nackte Angst ums Überleben, die sich in Hungerprotesten und Revolten Ausdruck verleiht. Und auch in jenen Ländern und Regionen im Globalen Süden, die das Virus schnell unter Kontrolle bekommen haben, wie einige Staaten Afrikas, drohen humanitäre Katastrophen. »Die Pandemie hat eine der größten Wirtschaftskrisen und in Folge eine der größten Armuts- und Hungerkrisen ausgelöst«, so CSU-Entwicklungsminister Gerd Müller. Und weiter: »Allein auf dem afrikanischen Kontinent rechnen wir dieses Jahr mit zusätzlich 400.000 Malaria-Toten und HIV-Opfern sowie einer halbe Million mehr, die an Tuberkulose sterben werden«, unter anderem weil »wir Industrieländer uns so sehr auf die Corona-Bekämpfung zu Hause fokussieren, dass wir andere Probleme aus dem Blick verlieren« und Hilfsprogrammen des Westens das Geld ausgehe.[49] Dass von Wissenschaftler*innen aus den kapitalistischen Kernstaaten der »Lockdown« und *Stay-at-Home*-Dekrete dennoch als globales Allheilmittel gegen die Pandemie gepriesen werden,[50] ist nur mit einer gehörigen Portion Eurozentrismus und Klassenblindheit zu erklären.

Auch im globalen Maßstab trifft das Virus selbst ebenso wie die Gegenmaßnahmen und deren ökonomische Folgen vor allem die Verdammten dieser Erde, die Mittellosen und Deklassierten. Dem

planetaren Charakter der Seuche trägt dieses Buch durch Überblicksartikel und Länderstudien aus allen Weltregionen Rechnung: Rückblicke auf die ersten Phasen der Pandemie, Momentaufnahmen der gegenwärtigen Situation und Ausblicke auf das, was kommen mag, werfen im Block »Globale Seuche / Globale Krise« Christian Bunke, Lutz Brangsch, Harald Etzbach, Niklas Franzen, Jakob Graf und Anna Landherr, Ramona Lenz, Stephan Kaufmann und Antonella Muzzupappa, Alp Kayserilioğlu, Otto König und Richard Detje, Marina Mai, Natalie Mayroth, Carmela Negrete, Lukas Oberndorfer, Jens Renner, Art van Riel, Demba Sanoh, Simone Schlindwein, Stefan Schmalz, Bernard Schmid, Christian Seitz, Andrea Seliger, Christian Stock, Moritz Wichmann und Miriam Younes.

Wer zahlt? (II)

Die Auseinandersetzung um die Corona-Politik hat auch in der Linken zu einer scharfen Polarisierung der Positionen und zu rigider Lagerbildung geführt. Die eindeutig kleinere Fraktion hat die staatlichen Maßnahmen vom März 2020 pauschal für überzogen befunden oder gar als selbstzweckhafte »Machtspiele«[51] interpretiert. Die überwiegende Mehrheit indes ist zum Urteil gelangt, dass »die Bundesregierung im Großen und Ganzen richtig gehandelt hat«,[52] oder sie forderte schärfere, strengere Restriktionen. Für Ambivalenzen, Zwischentöne und Widersprüche blieb da wenig Raum, stattdessen herrschte gerade in den sozialen Netzwerken ein unbedingter »Zwang zur Eindeutigkeit«.[53] Während im ersten Lager das Pathogen oft bagatellisiert und durchaus vernünftige und notwendige Schutzmaßnahmen abgelehnt wurden, neigte das zweite Lager dazu, gleich das gesamte Potpourri der staatlichen Verordnungen als zielführend zu befinden, jedwede Kritik an der Pandemiepolitik unter Virusverharmlosungsverdacht zu stellen und umgekehrt den autoritären, disziplinierenden und unsozialen Charakter der Krisenpolitik kleinzureden.[54]

Nun gibt es keinerlei Grund, dem Virus, das allein im Jahr 2020 weltweit über 1,5 Millionen Menschen das Leben gekostet hat, seine mörderische Potenz abzusprechen. Und wenn man sich das fürchterliche Massensterben etwa in der Lombardei, in Madrid, in New York, im brasilianischen Manaus oder in Guayaquil in Honduras in Erinnerung ruft, dann kann es an der Notwenigkeit und Legitimität auch weitreichender Eindämmungsmaßnahmen m. E. keinen Zweifel geben. Trotzdem, oder besser: gerade deswegen ist es dringend geboten, die Politik nach dem Lockdown-Muster mit den Ausgangsverboten und privaten Kontaktbeschränkungen als schärfstes Mittel in ihrem Zentrum der Kritik zu unterziehen, und zwar nicht nur wegen der immensen Kollateralschäden. Auch an deren epidemiologischer Zweckmäßigkeit sind erhebliche Zweifel angebracht. Umso bedenklicher ist, dass Ausgangssperren im Kalkül der Machteliten offenbar weiterhin als ultimative Notbremse gelten, wie die staatlichen Reaktionen auf die zweiten Infektionswellen in Europa im Herbst 2020 zeigen. Zweifel liegen schon deswegen nahe, weil dieses Instrument nicht gerade eine Erfolgsbilanz vorweisen kann: Belgien, Großbritannien, Frankreich, Spanien und Italien zählen zu den Ländern in Europa, die während der ersten Welle die härtesten und längsten Ausgangssperren verhängten; zugleich gehören sie zu jenen Staaten, die im Frühjahr 2020 die meisten Todesfälle in Relation zur Bevölkerungszahl zu beklagen hatten.[55] Das übliche Narrativ besagt, dass diese Länder zu den »besonders stark vom Virus betroffenen« gezählt hätten und deswegen die rigiden Ausgangssperren nötig gewesen seien. Dieser Kausalzusammenhang ist keineswegs zwingend: War es nicht vielleicht eher umgekehrt? (Ich komme darauf im Abschnitt »Tödliche Ausgangssperren?« zurück.)

Zunächst einmal gilt es sich zu vergegenwärtigen, dass – wie bei jeder Wirtschaftskrise – sich auch bei der epidemischen Krise die Frage stellt: Wer zahlt? Wobei das Medium hier nicht Geld ist, sondern die Reduktion von (ansteckenden) Kontakten. Ambivalent

sind zum Beispiel Schulschließungen, die sowohl den Schüler*innen schaden als auch den Unternehmen, denen die mit Homeschooling beschäftigen Eltern als Arbeitskräfte abhandenkommen. Die Durchsetzung von Hygienemaßnahmen in den Betrieben geht hingegen – jedenfalls wenn sie mit nennenswerten Kosten verbunden sind – zu lasten der Profite (wobei andererseits auch den Kapitaleignern an geringen Krankenständen gelegen ist).

Das Instrument der Ausgangssperren und Kontaktverbote ist, was seinen Klassencharakter angeht, sehr einseitig: Die Kapitalinteressen werden davon kaum tangiert, wenn – wie während der ersten Welle in Europa – die Geschäfte und Einkaufszentren weitgehend geschlossen sind, die Menschen in ihrer Rolle als Konsument*innen im Kapitalkreislauf also ohnehin ausfallen (es blieb das Online-Shopping, das entsprechend boomte). Die Bestimmungen in Deutschland sahen vor, dass man die Wohnung nur noch aus »triftigen Gründen« verlassen darf: Wenn man so will, reduzierten die Ausgangssperren die Menschen auf ihre Funktion als Träger der Ware Arbeitskraft, die ihren Körper gesund und fit halten sollen. Deswegen blieben nicht nur Supermärkte, sondern auch Apotheken geöffnet, auch Individualsport und Bewegung im Freien waren erlaubt. Dass es zu den »triftigen Gründen« gehört, das Haus zwecks Arbeitsantritts zu verlassen, muss im Kapitalismus nicht eigens betont werden. Festzuhalten ist zudem: Klassenpolitisch einseitig sind Ausgangsbeschränkungen auch deswegen, weil es einen Unterschied ums Ganze macht, ob man (und vor allem frau*) der Maßnahme als Arbeiter*in oder Angestellte*r in einer kleinen Mietwohnung ausgesetzt ist oder als Angehöriger der Bourgeoisie in einem Eigenheim mit Garten.

Stay-at-Home in Deutschland

Es ist aufschlussreich zu rekonstruieren, wie die Beschlüsse des 22. März – also die Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen – zustande gekommen sind. Als sich einige Tage vorher die Maßnah-

men abzeichneten, meldeten sich zahlreiche jener Infektionswissenschaftler*innen zu Wort, die es dann später zu einiger Bekanntheit brachten. Der schon zitierte Alexander Kekulé, Virologe in Halle: »Die ganze Republik jetzt in die Bude einzusperren, dafür gibt es keine medizinische Indikation.« Hendrik Streeck, Direktor des Instituts für Virologie in Bonn: »Ich bin ganz entschieden gegen eine Ausgangssperre«. Der Hamburger Kollege Jonas Schmidt-Chanasit: »Eine Ausgangssperre hat Nebenwirkungen. Das ist eine unheimliche psychologische Belastung. Darum ist das alles andere als hilfreich. Ich warne davor, den Bogen zu überspannen.« Melanie Brinkmann vom Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung auf die Frage, ob sie Ausgangssperren befürworte: »Ich würde eher an die Menschen appellieren [...], dass sie verstehen, in welcher Situation wir gerade sind.« Christian Drosten in seinem NDR-Podcast: »Dafür gibt es überhaupt keine Daten, weder in Deutschland noch irgendwo anders [...]. Man kann nicht sagen, ob es wirklich besser ist, wenn man jetzt noch zusätzlich Ausgangssperren macht.« Und weiter: »Also Sie hören schon, ich bin jetzt nicht unbedingt jemand, der sagt, wir brauchen die sofortige Ausgangssperre. [...] Ich finde schon, dass man vielleicht da auch noch ein bisschen Zeit erlauben sollte.«[56]

Die einhelligen Vorbehalte gegen diese maximalinvasive *Non-pharmaceutical Intervention* (NPI) seitens der Virolog*innen speisten sich nicht nur aus der Überlegung, dass man erstmal die Wirksamkeit der schon beschlossenen Restriktionen abwarten solle, bevor man noch härtere auflegt. Auch dass die Infektionsgefahr in engen Räumen groß, im Freien klein ist, war schon im März kein Geheimnis. Noch mal Alexander Kekulé in einem Fernsehinterview: »Das Coronavirus ist ja extrem umweltempfindlich [...], bei Wind und Wetter [können] diese Viren immer nur ganz kurz überleben.« Deswegen sehe er »absolut keinen Grund, die Leute da quasi in die Wohnungen einzusperren.«[57]

Heute kann es als gesichertes Wissen gelten, dass SARS-CoV-2 im Freien nur in einem für den Gesamtverlauf der Epidemie unerheblichen Maße ansteckend ist. Das gilt umso mehr, wenn man berücksichtigt, dass das Infektionsgeschehen durch Superspreader-Events (SSE) vorangetrieben wird, die *outdoor* nahezu ausgeschlossen sind[58] – auch das ist keine ganz unerwartete Erkenntnis (ich komme darauf zurück).

Von Demos, Raves und Picknicks

Ein laienepidemiologischer Ausflug in die Empirie: Die wohl umfassendste statistische Erfassung von SSEs zeigt, dass auf 1350 dieser Cluster *indoor* nur drei *outdoor* entfallen.[59] Eine Studie über 319 Ausbrüche in China außerhalb der abgeriegelten Provinz Hubei kommt zum Ergebnis: »All identified outbreaks of three or more cases occurred in an indoor environment, which confirms that sharing indoor space is a major SARS-CoV-2 infection risk«; den 318 *indoor*-Übertragungen steht eine einzige mit zudem nur zwei Beteiligten *outdoor* gegenüber.[60] In einer Statistik des RKI vom September 2020 über Infektionsumfelder in Deutschland kommen auf rund 46.000 Fälle in Innenräumen genau drei im Freien (bei einem Picknick).[61]

Nun ließe sich einwenden, dass sich Ansteckungen und Cluster im Freien wie etwa auf Demonstrationen weniger leicht erfassen lassen als etwa im Altenheim. Aber sowohl die diversen Demos in Deutschland im Frühjahr und Sommer 2020 (»Hygiene-Demos«, 1. Mai, Antirassismus)[62] als auch die *Black Lives Matter*-Proteste in den USA haben keinerlei Spuren in den lokalen Infektionsstatistiken der jeweiligen Städte hinterlassen.[63] Eine exzellente Fallstudie über das Infektionsrisiko unter freiem Himmel lieferten die Techno-Partys in der Berliner Hasenheide, die es immerhin aufs Titelblatt des *Spiegel* (»Sind wir zu leichtsinnig?«) brachten. Dazu die *Zeit* über den Leiter des Gesundheitsamtes des Bezirks Reinickendorf und

dessen Erkenntnisse: »Patrick Larscheid beobachtet die Fallzahlen in Berlin seit Monaten genau. [...] ›In der Hasenheide haben sie monatelang gefeiert‹, sagt Larscheid. ›Aber diese Ereignisse interessieren uns im Gesundheitsamt nicht.‹ Die Partys im Freien seien eher ein Thema für den Innensenator, nicht für die Fachleute in der Stadt. Larscheid sagt es ziemlich deutlich: ›Im Freien passiert praktisch nichts.‹«[64] Recht eindeutig heißt es ab September auch im RKI-Steckbrief zu SARS-CoV-2: »Übertragungen im Außenbereich kommen insgesamt selten vor.«[65]

Nicht in der gleichen Eindeutigkeit wie heute, aber doch von der Tendenz her war schon zu Beginn der Pandemie bekannt, dass das Infektionsrisiko in Innenräumen sehr viel größer ist als im Freien. Auch wenn die Erkenntnisse über SARS-CoV-2 seinerzeit noch begrenzt waren, so sind »allerdings die Übertragungswege eng verwandter Coronaviren [wie SARS und MERS] gut bekannt«, wie das Bundesinstitut für Risikobewertung schon im Februar schreibt.[66] Sogar interessierte Laien konnten dem im Internet zugänglichen Steckbrief der WHO zu SARS entnehmen, dass »households« neben Gesundheitseinrichtungen als »high-risk transmission settings« gelten.[67] Und in der oben erwähnten RKI-Risikoanalyse von 2012 heißt es über das fiktive Virus, dessen Profil sich an SARS orientiert: »Die Übertragung findet insbesondere über Haushaltskontakte und im Krankenhausumfeld« statt. Außerdem: »Die Infektionskrankheit breitet sich [...] in Clustern aus.«[68] Letzteres gilt nicht nur für SARS: Auch bei MERS, HIV und Ebola ist das Superspreading besonders ausgeprägt, jeweils rund 20 Prozent der Erkrankten verursachen 80 Prozent der Neuansteckungen.[69] Dass SARS-CoV-2 den anderen Coronaviren ähnlich ist – sowohl was das hohe Ansteckungsrisiko in Innenräumen als auch das Superspreading angeht –, konnte folglich niemanden überraschen.

In seinem NDR-Podcast vom 1. September 2020 verweist Christian Drosten auf einen japanischen Kollegen: »Wir wissen, diese Er-

krankung verbreitet sich zu einem großen Teil in Clustern. Und es gibt ein Handlungsmodell, das ist die japanische [...] Cluster-Strategie. Dort ist es so, dass eine Einzelperson, Hitoshi Oshitani[70], ein sehr weitblickender Epidemiologe, sehr großen Beratungseinfluss hatte und es geschafft hat, in einer solitären Situation [...] in einem Land, in dem in der ersten Welle massiv die Krankheit eingetragen wurde aus China, ohne Lockdown zu verhindern, dass es zu einer Überwältigung des Gesundheitssystems kam.«[71]

In der Tat zählt Japan, das als direkter Nachbar Chinas früh und stark von SARS-CoV-2 betroffen war, mit – bis Ende November 2020 – rund 2000 COVID-Todesfällen bei 122 Millionen Einwohner*innen zu jenen Ländern, in denen die Pandemie vergleichsweise erfolgreich bewältigt werden konnte. Die Strategie, die von den Eigenschaften der schon bekannten Coronaviren ausging (was oft als »Erfahrung mit der SARS-Epidemie« beschrieben wird) konzentrierte sich auf die Vermeidung von Superspreader-Situationen: »geschlossene Räume mit schlechter Luftzirkulation, relativ viele Personen auf engem Raum und dichter Kontakt zwischen den Personen« (Oshitani).[72] Auf weitreichende Verbote und strikte Restriktionen konnte so verzichtet werden: »Erreicht hat Japan sein Ziel [...] mit einem Kurs, der in weiten Teilen auf Freiwilligkeit setzt. Es gab keine Ausgehverbote, keine Corona-Warn-App. Geschäfte, Friseure, Hotels und Gastronomie durften geöffnet bleiben.«[73]

Gefährliche Orte

Von Kritiker*innen des Regierungshandelns wurde oftmals eine angebliche »Expertokratie der Virologen« beklagt, von den Verteidiger*innen der Schutzmaßnahmen die »Verwissenschaftlichung der Politik« gelobt: Davon war jedenfalls in den Wochen der zweiten Märzhälfte, als mit den Ausgangsbeschränkungen und Kontaktverboten die massivsten Einschränkungen der Grund- und Freiheitsrechte in der Geschichte der Bundesrepublik beschlossen wurden,

nichts zu sehen. Eher fehlte es den Infektionswissenschaftler*innen wohl an »Beratungseinfluss« (Drosten). Es war kontraproduktiv, die Menschen ausgerechnet in Hochrisiko-Settings zu zwingen. Und auch die Zweckmäßigkeit harter individueller Kontaktverbote musste schon damals als zumindest begrenzt gelten, insofern die Infektionsdynamik von Clustern bestimmt wird.

Die bezüglich ihrer psychosozialen und grundrechtlichen Folgen gravierenden Beschlüsse vom 22. März 2020 waren also schon nach damaligem Wissenstand epidemiologisch äußerst zweifelhaft. Hier machte sich vielmehr eine paternalistisch-autoritäre Form von Herrschaft geltend, die die Bevölkerung gerade auch in Krisenzeiten als straff zu regierende, gefährdete und gefährliche Masse behandelt. Ausgangsbeschränkungen folgen nicht der Logik der Viruseindämmung, sondern der agoraphobisch-polizeilichen Logik der »gefährlichen Orte«, des öffentlichen Raums als potenzielles »Gefahrengebiet«.[74] Die Berliner Gewerkschaft der Polizei forderte denn auch (ohne Erfolg) im April, Parkanlagen und Plätze komplett dichtzumachen, das sei, wir kennen das, »nahezu *alternativlos*«.[75]

Als dann im April die Beschränkungen gelockert wurden und die Menschen wieder vermehrt auf Straßen und in Parks unterwegs waren, klagten die Autor*innen des zweiten Strategiepapiers aus dem Innenministerium auch gleich über die Zunahme von »Widerstand gegen die Staatsgewalt«[76] – der dann bei den Randalenächten in Stuttgart und Frankfurt im Sommer tatsächlich ein spektakuläres Niveau erreichte.[77] Der Seuche, als »zugleich wirklicher und erträumter Unordnung«, so könnte man mit Foucault formulieren – er hatte dabei die Pest Ende des 17. Jahrhunderts im Blick –, »steht als medizinische und politische Antwort die Disziplin gegenüber.« Dahinter steckt »die Angst vor ›Ansteckungen‹ [...], vor Aufständen, vor den Verbrechen.«[78] In der epidemiologischen Krise verschieben sich die Gewichte in den Regierungstechniken: Statt

sich weiterhin auf die (neo)liberalen Technologien des Selbst zu verlassen, greifen die Funktionseliten verstärkt auf repressive Elemente zurück: weniger *Sorge um sich*, mehr *Überwachen und Strafen*.

Zur Ambivalenz der Krisenpolitik

Eine wichtige Rolle bei den Entscheidungen vom 22. März spielte der bayerische Ministerpräsident Markus Söder, der Ausgangsbeschränkungen schon zwei Tage zuvor im Alleingang verordnet hatte und damit die anderen Bundesländer unter Zugzwang setzte. Zur Begründung verwies der CSU-Chef auf Polizeiberichte über »Corona-Partys« und andere Misslichkeiten,[79] nicht auf Meinungsumfragen. Davon, dass ausgrechnet die Ausgangssperren »von einer unruhig gewordenen Öffentlichkeit erzwungen worden« seien – so die Lesart mancher Linker[80] –, kann jedenfalls für Deutschland keine Rede sein. Für jene Staaten, deren Regierungen wie jene Großbritanniens oder der USA die Pandemie zunächst weitgehend ungebremst durchlaufen lassen wollten, mag das Argument eine gewisse Plausibilität beanspruchen können, weit wichtiger dürften hier indes die alarmierenden Hochrechnungen – 500.000 Tote in Großbritannien, mehr als zwei Millionen in den USA – des Imperial College gewesen sein.[81] Alle Erfahrung zeigt, dass es für gewöhnlich weit mehr braucht als nur eine vage »Unruhe« in der Bevölkerung, um das Handeln der Machteliten zu beeinflussen. Unbestritten freilich, dass sich Deutschland dann im Lockdown schnell im größten anzunehmenden Konsens vereinte, getragen von einer sehr großen Koalition in Berlin, den geschlossen auftretenden Medien – vom linksradikalen Szeneblatt bis zu den Talkshows – und einer verständlicherweise beunruhigten Bevölkerung, die die Pathogenität und Transmissionswege des neuen Virus nicht einschätzen konnte.

Insofern ist die Interpretation, die Corona-Politik sei generell erst auf Druck »von unten« zustande gekommen und der Gesundheitsschutz des vulnerablen Teils der Bevölkerung sei den Staats-

regierungen gleichsam abgerungen worden, kaum begründbar. Sie verfehlt zudem den zentralen Punkt des Notstandsregimes genauso wie jene linken Verschwörungstheorien gehobenen Anspruchs, die behaupten, das Virus sei den Herrschenden gerade recht gekommen und würde in seiner Gefährlichkeit maßlos übertrieben, um »die Exekutiven enorm zu stärken«.[82] Beide Lesarten vereinseitigen die grundlegende Ambivalenz der Krisenpolitik, das, was sie gerade charakterisiert. Sie ist nämlich im Kern – neben vielem anderen – beides: Als Eindämmungsmaßnahme gegen COVID-19 soll sie einerseits den ungestörten kapitalistischen Normalbetrieb gewährleisten und, um Legitimationsprobleme zu vermeiden, den gefährdeten Teil der Bevölkerung auch wirklich (mehr schlecht als recht und mit begrenztem Einsatz) schützen. Andererseits aber forciert sie die seit schon seit Längerem diagnostizierte Tendenz zu einem »autoritären Etatismus« und geht auf seiten eines Teils der Regierten mit der Einübung von »zivilen Gehorsam« – so ein zufriedener *Welt*-Kommentator[83] – und einem (vorerst?) wachsenden Einverstandensein mit Politik und Personal des Maßnahmestaates einher.

Der Autoritarismus der Krisenpolitiken rund um den Globus lässt sich auch an der Beliebtheit der polizeilich oder militärisch gesicherten Ausgangssperre ablesen: Sie ist dem Exekutivstaat Garant dafür, dass die Funktionseliten von etwaigen Protesten – auch gegen die Anti-Corona-Dekrete selbst – unbehelligt bleiben. Bei autokratischen Regimes ist das offenkundig. Aber auch in Deutschland waren im Frühjahr durch die Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen jedwede Demonstrationen untersagt, nur wenige Linke widersetzten sich dem Verbot: Die Protestaktionen – etwa in Solidarität mit den Geflüchteten in den griechischen Lagern unter dem Hashtag *#LeaveNoOneBehind* – desavouierten die Behauptung, dass das Versammlungsverbot dem Infektionsschutz diene, denn dem widersprachen die immer gleichen Szenen: Abstand halten-

de Demonstrant*innen, oft auch mit Mund-Nasen-Schutz, wurden von Polizeikräften, die die Abstandsregeln ebenso ignorierten wie das Masken-Gebot, rigoros angegangen und festgenommen.[84]

Eine Verstetigung der staatlichen Eingriffe in politische Grundrechte ist nicht zu übersehen. Das zeigt etwa das Verbot der Aktionen zum Gedenken der Opfer des rechtsextremen Anschlags in Hanau Ende August. Das zeigt ein Klimacamp in Aachen im September, das von den Behörden erst erlaubt wurde, als alle Teilnehmer*innen Klarnamen, Adressen und Telefonnummern hinterlegt hatten. Das zeigt die Begrenzung der Demo-Teilnehmer*innenzahl auf maximal 1000 Personen durch das Land Sachsen im November.[85] Die uneingeschränkte Wahrnehmung des Demonstrationsrechts steht in Deutschland bis auf Weiteres unter Genehmigungsvorbehalt.

Tödliche Ausgangssperren?

»Das Versammlungsverbot hat sich in ein Ausgehverbot verwandelt, hier werden Dutzende von Menschen für das grundlose Umhergehen strafrechtlich verfolgt. Sie trafen sich mit niemandem, sie waren niemandem auch nur weniger als einen Meter nahe: Sie waren einfach an die frische Luft gegangen.« (Wu-Ming-Tagebuch)[86]

Einer Studie des Wiener Komplexitätsforschers Peter Klimek zu 53 Corona-NPIs von weltweit 67 Regionen ist, so der *Spiegel,* zu entnehmen: »Überschätzt würden dagegen [...] die strengen Ausgangssperren wie in Frankreich. Ob man aus dem Haus geht oder nicht, tangiert das Virus nicht weiter, vorausgesetzt, dass man sich draußen vernünftig verhält.«[87] Dass auch in Deutschland nicht nur die Ausgangsbeschränkungen, sondern auch die Kontaktverbote eher wenig gebracht haben, zeigte eine viel diskutierte Veröffentlichung des RKI vom April, der zufolge die Reproduktionszahl R schon vor den Beschlüssen vom 22. März unter 1 gesunken war.[88] Die Erläuterung des Instituts, mit diesen Maßnahmen sei »das dauerhafte Niedrighalten der Reproduktionszahl unter 1«[89] gelungen,

zeigt den eher bescheidenen Anspruch schon an. In den Wochen danach war zur allgemeinen Verwunderung allerdings dann festzustellen, dass der R-Wert und auch die Infektionszahlen nicht mehr nur »niedrig gehalten« wurden, sondern gerade dann erst *deutlich weiter sanken*, als eben die Ausgangsbeschränkungen und dann auch die Kontaktverbote sukzessive aufgehoben wurden und die Menschen wieder mehr ins Freie gehen konnten.[90]

Vor diesem Hintergrund ist, ich habe es schon angedeutet, der traurige Verdacht nicht von der Hand zu weisen, dass insbesondere die scharfen, sich quälend lange hinziehenden Ausgangssperren in Belgien, Großbritannien, Frankreich, Spanien und Italien nicht nur in ihrer Wirksamkeit »überschätzt« werden, sondern dass sie für die vielen Toten in diesen Ländern mitverantwortlich sind (wenn auch gewiss andere Ursachen dafür im Vordergrund stehen).[91] Die Analyse von Handy-Tracking-Daten durch Google, die der *Spiegel* für 19 europäische Länder aufbereitet hat, zeigt, dass in diesen fünf Staaten die *Stay-at-Home*-Vorschriften zwischen März und Juni tatsächlich am gründlichsten befolgt wurden bzw. werden mussten.[92] Vier dieser Länder – Belgien, Spanien, Großbritannien, Italien – belegen auch die vordersten vier europäischen Plätze im Ranking der COVID-19-Toten je Einwohnerin*in.[93] Frankreich liegt nur knapp hinter dem – zumindest bei der ersten Welle im Frühjahr – Corona-Failed-State Schweden[94] auf Platz sechs.[95]

Vorbild für die Ausgangssperren war Wuhan. China hatte die Ausbreitung des Erregers Anfang des Jahres mit den Methoden eines Polizei- und Überwachungsstaates immerhin eindämmen können, und die unbeschränkte Machtfülle, die der KP-Parteistaat dabei demonstrierte, wird so manchen Regierungschef mit Neid erfüllt und zur Nachahmung angeregt haben. Allerdings haben die europäischen Staatenlenker das Wuhan-Modell, das einen umfänglichen Katalog an NPIs umfasste – stark vereinfacht formuliert –, nur zur Hälfte kopiert: Die chinesischen Behörden hatten nicht

nur das öffentliche Leben, sondern auch die Produktion und den Verkehr in der 60-Millionen-Provinz Hubei weitgehend stillgelegt und die Region von außen versorgt. In den europäischen Ländern indessen wurde auch während der Ausgangssperre fleißig weiter Mehrwert produziert, die Wirtschaft nur verspätet – manchmal erst nach Arbeitskämpfen – oder bei großzügiger Definition der »systemrelevanten Branchen« sehr eingeschränkt heruntergefahren.

Um die Lockdown-Politiken, ob streng oder »light«, wie in Deutschland und weiteren europäischen Staaten im Herbst 2020, zu erörtern, macht es Sinn, sich das (für industriekapitalistische Länder) typische Infektionsgeschehen genauer anzuschauen. Dazu ist im Oktober 2020 eine Metastudie aus den USA erschienen, deren Ergebnisse denen anderer Analysen ähnelt: Danach sind 46 bis 66 Prozent der Ansteckungen haushaltsbasiert. Das Gros der Infektionen findet also in den Wohnstätten statt, allerdings seien doch die Virusübertragungen außerhalb davon »essenziell für die Aufrechterhaltung der Epidemie«:[96] Dass hierbei Superspreader-Events eine zentrale Rolle spielen, ist dutzendfach dokumentiert. Dazu etwa das RKI: »Ausbrüche mit zehn oder mehr Fällen (14% der Ausbrüche, die aber etwa 61% der Fälle ausmachen) wurden vor allem in Alten- und Pflegeheimen, im Krankenhaus, in Flüchtlings-/Asylbewerberheimen sowie im Arbeitsumfeld« ermittelt.[97] Solche Cluster treten nicht nur sehr oft in Betrieben und Büros auf, etwa in Callcentern und Fleischfabriken, sondern auch in privaten Settings und im Freizeitbereich.[98]

Nun haben die in Europa üblichen Lockdown-Politiken im Frühjahr und dann auch im Herbst und Winter 2020 zwar die Kontaktmöglichkeiten *zwischen den privaten Haushalten* und auch die Cluster im Reproduktionsbereich reduziert – an ihrem Arbeitsplatz oder auf dem Weg dorthin mussten sich die Menschen indes einer möglichen Infektion aussetzen und liefen dann Gefahr, das Pathogen in der Hochrisiko-Umgebung *at home* weiterzugeben. Bei gemeinsam

in einem Haushalt lebenden Personen ist die Übertragungswahrscheinlichkeit des Virus – kaum überraschend – am allergrößten. Eine Untersuchung aus Südkorea kam nach der Analyse von mehr als 59.000 Fällen zum Schluss, dass die Ansteckungsgefahr in einem Haushalt sechsmal höher ist als bei anderen engen Kontakten.[99] Der Heinsberg-Studie von Hendrik Streeck zufolge stecken sich in Zwei-Personen-Haushalten im statistischen Durchschnitt 44 Prozent der Menschen an, wenn sie mit einem Infizierten zusammenleben.[100] Man muss kein Epidemiologe sein, um die These zu formulieren, dass diese *Secondary-Attack-Rate* (SAR) mit der Strenge der Ausgangssperren positiv korreliert, wobei dann noch zwischen den klassenspezifischen Wohnbedingungen zu differenzieren wäre: Denn naheliegend ist auch, dass der SAR-Wert in einem schlecht belüfteten, engen Hinterhofquartier höher ausfällt als in einer weitläufigen Villa. Auch der Anteil von Mehrgenerationenhaushalten – in denen dann auch ältere, besonders gefährdete Menschen der Infektionsgefahr ausgesetzt sind – ist nicht nur in Europa ungleich verteilt, er dürfte (auch wenn es dazu keine empirischen Daten zu geben scheint) in ärmeren Bevölkerungsschichten ebenfalls höher liegen: Eine eigene Wohnung muss man sich leisten können.

Es ist zum einen der intuitive Autoritarismus des Regierungspersonals, der ihnen auch bei den zweiten Infektionswellen ab Herbst 2020 die Ausgangssperren als Ultima Ratio der Eindämmungsinstrumente erscheinen lässt – und in der Tat: Irgendwie und irgendwann bekommt man die Infektionsketten selbst auf diese Weise in den Griff: »Wenn man mit dem Holzhammer draufhaut, ergibt sich sicher ein Effekt.«[101] Allerdings zu einem hohen Preis, und dass die Kosten sehr ungleich verteilt sind, ist der zweite Grund dafür, dass uns das Instrument wohl bis zum Ende der Pandemie erhalten bleibt. Wer es formelhaft mag: Ausgangssperren plus Arbeitszwang sind epidemiologischer Klassenkampf von oben.[102]

Nun gibt es eine Fülle von Faktoren, die die Infektions- und Todeszahlen im Ländervergleich beeinflussen: Insofern lässt sich aus der statistischen Korrelation zwischen den rigiden – aber eben den Produktionssektor aussparenden – Ausgangssperren und den hohen Opferzahlen in Belgien, Großbritannien, Frankreich, Spanien und Italien nicht unmittelbar ein Zusammenhang herstellen, er erscheint aber – geht man von der Empirie der Transmissionswege von SARS-CoV-2 aus – durchaus plausibel. Die frühe »Deeskalation der Eindämmungsstrategie«[103] und die milderen, zudem nicht landesweit verhängten Ausgangsbeschränkungen in Deutschland könnten dann zusammen mit dem großen Anteil an Singlehaushalten (41 Prozent) – die Auswirkungen der hohen Ansteckungsrate *at home* werden dadurch entschärft – mit eine Erklärung dafür liefern (gewiss unter vielen anderen[104]), warum die Pandemie hierzulande bisher weniger tödlich verlief. Auch wenn man dieser steil anmutenden These nicht folgen mag, drängt sich die Frage von Gert Antes, Vertreter einer evidenzbasierten Medizin, doch unmittelbar auf: »Warum hatten Länder, die in einen viel härteren Lockdown gingen als Deutschland, trotzdem so viel höhere Opferzahlen?«[105]

Wie auch immer, fest steht jedenfalls: Eine Politik, die sich in erster Linie an epidemiologischen Erfordernissen orientiert und die Bevölkerungen nicht als Objekte von Kontrolle und Disziplin verstanden hätte, wäre genau umgekehrt verfahren wie die europäischen Lockdown-Politiker*innen im Frühjahr:[106] Sie hätte den Zwang zum Aufenthalt in Innenräumen, wenn schon nicht auch im Produktionssektor, so doch mindestens im Privatbereich, so gut es geht, reduziert und stattdessen die Menschen dazu angehalten, möglichst viel Zeit im Freien zu verbringen – dabei die *Anzahl* der Kontakte zu reduzieren, wäre nicht mal unbedingt nötig gewesen, schließlich zählt allein die Anzahl *ansteckender Kontakte,* die, wie gesehen, im Freien selten sind. Gegen die ergänzende Empfehlung, auch *outdoor* Abstand zu halten, sicher ist sicher, wäre nichts einzuwenden gewesen.

Déjà-vu

»Partys muss man nicht feiern, arbeiten und lernen schon.«
(Winfried Kretschmann, Grüne, Ministerpräsident)

»Auf der Grundlage der Erfahrungen von COVID-19 haben wir gelernt, dass eine [...] Welt, die der wirtschaftlichen Effizienz Vorrang einräumt, extrem anfällig für Infektionskrankheiten ist.«
(Hitoshi Oshitani, Epidemiologe)[107]

Virolog*innen hatten frühzeitig vor einer zweiten Welle im Winter gewarnt: Mit deren Wucht und Dynamik – in fast allen Ländern Europas – hat allerdings wohl kaum jemand gerechnet. SARS-CoV-2 entpuppt sich als Virus mit sehr ausgeprägten »saisonalen Effekten«: Als sich im Herbst das gesamte gesellschaftliche Leben in – nun auch oft schlecht gelüftete – Innenräume verlagert, schießen die Fallzahlen in die Höhe.[108]

Wie sich alsbald zeigt, ist Deutschland auf die dramatische Zuspitzung der Lage erneut sehr schlecht vorbereitet. Das betrifft zum einen die Gesundheitsämter. Es dauert bis September, ehe Bund und Länder deren personelle Aufstockung beschließen. Lieber greift man auf die Übersterblichkeitsexperten der Bundeswehr zurück, die so ihre PR-Offensive – in Uniform, versteht sich – fortsetzen können. Ende Oktober müssen nichtsdestotrotz 10 Prozent der Ämter melden, dass es ihnen an Mitarbeiter*innen mangelt. Die Engpässe erklären sich auch damit, dass Christian Drostens Empfehlung, sich bei der Rückverfolgung der Infektionen nach japanischem Vorbild auf mögliche Superspreader-Events zu konzentrieren,[109] die politisch Verantwortlichen offenbar nicht hat überzeugen können. Ebenso wenig wie der Vorschlag des Kollegen Streeck, die Infizierten könnten ihre Kontaktpersonen auch selbst informieren (damit diese sich dann in Isolation begeben) – die frei werdenden Kapazitäten sollten dann dazu genutzt werden, einen besseren Schutz der Risikogruppen zu organisieren.[110] Die RKI-Richtlinien beharren indessen weiterhin auf der Autorität der

behördlichen Quarantäne-Anordnungen, trotz der zunehmenden Überlastung der Ämter.

Aber auch auf den Krankenstationen herrscht weiterhin der Personalnotstand. Ärztevertreter*innen schlagen Ende Oktober Alarm, dass es zwar – vorerst jedenfalls – ausreichend freie Intensivbetten und Beatmungsgeräte gebe, jedoch fehle es an 3500 bis 4000 Fachpflegekräften. Und schon Mitte November müssen in deutschen Krankenhäusern schon mehr Menschen (über 3100) intensivmedizinisch behandelt werden als auf dem Höhepunkt der ersten Welle: Die Pflegekräfte geraten ein zweites Mal an ihre Belastungsgrenzen.[111]

Ebenfalls versäumt wurde der weitere Ausbau der PCR-Testinfrastruktur. Hierzu wäre es nötig gewesen, statt »mal zu gucken, wie es so läuft, wenn die Wirtschaft das macht« – so Alexander Kekulé mit leicht kapitalismuskritischem Einschlag in einem Radiointerview –, die kosten- und profitorientiert arbeitenden Diagnostik-Unternehmen »ein bisschen dirigistischer in so einer Krisensituation«[112] per Verordnung nach dem Infektionsschutzgesetz dazu zu zwingen, mehr Personal einzustellen und die Laborkapazitäten auszuweiten. Das ist nicht passiert, sodass das RKI am 3. November eine neue restriktive nationale Teststrategie verkünden muss – wieder mehr Infektionen bleiben also unentdeckt. Der Probenrückstau bei den Labordienstleistern erschwert zudem ein zeitnahes Handeln der örtlichen Gesundheitsämter.

Neue technische Möglichkeiten des Infektionsschutzes werden ebenfalls kaum genutzt: Statt etwa Luftfilteranlagen gegen Aerosolwolken flächendeckend für Schulen und Bildungseinrichtungen anzuschaffen – auch hier hätte man wohl die Produktion durch staatliche Steuerung hochfahren müssen –, empfehlen die Behörden das kostengünstigere Lüften, wobei sich die Entscheidungsträger*innen selbst gelegentlich lieber auf die technisch fortgeschrittenere Lösung verlassen und die Geräte »bei größeren Terminen zum Schutz der Teilnehmenden« anschaffen.[113]

Die folgenschwersten Versäumnisse betreffen die Alten- und Pflegeheime. Es fehlt an Konzepten und Material, die das Risiko von Ausbrüchen verringern und eine erneute Isolation der Bewohner*innen verhindern könnten. So ist das vom BMG bereitgestellte Kontingent an Antigen-Schnelltests zu knapp bemessen, um das Personal, die Pflegebedürftigen und auch die Besucher*innen testen zu können, wie Patientenschützer kritisieren.[114] Zur desolaten Situation tragen zudem die nach wie vor prekären Beschäftigungsverhältnisse der oft schlecht ausgebildeten Mitarbeiter*innen bei. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass Ende November in mehr als 1000 der 12.000 Heime Ausbrüche gemeldet werden, wobei die Bewohner*innen bekanntlich in besonderem Maße durch schwere und tödliche Krankheitsverläufe bedroht sind: Es liegt nicht allein an der ansteigenden Infektionskurve im Herbst, dass die Zahl der Intensivpflegepatient*innen und der Todesfälle schnell in die Höhe geht. [115]

Dass Regierung und Behörden die Vorsorge für die zweite Infektionswelle eher haben schleifen lassen, dürfte nicht nur damit zu tun haben, dass man die hohe Verbreitungseffizienz des Virus *indoor* in der kälteren Jahreszeit sträflich unterschätzt hat. Womöglich schien sich aus der Perspektive des führenden Staatpersonals die Pandemie von einem unkalkulierbaren in eines jener berechenbaren Risiken verwandelt zu haben, die von den Funktionseliten und auch der breiten Öffentlichkeit als tödliche, aber hinzunehmende Begleitschäden der kapitalistischen Produktionsweise hingenommen werden.[116] Zudem hat sich inzwischen herausgestellt, dass COVID-19 deutlich selektiver tötet, als angenommen wurde: »Das Alter macht es aus und sonst praktisch nichts«, so Drosten im September;[117] der Altersdurchschnitt der Todesopfer liegt laut RKI bei 81 Jahren. Das Beispiel des Schlachtbetriebs Tönnies in Gütersloh – von den 1553 infizierten Beschäftigten ist keiner verstorben, nur rund 40 mussten stationär behandelt werden, Ende

August galten alle wieder als genesen[118] – machte augenscheinlich, dass die im BMI-Strategiepapier vom März zum Ausdruck kommende Sorge, das Virus könne Hunderttausende Arbeitskräfte dahinraffen, übertrieben war und die Krankheit in erster Linie die aus der Sicht des Kapitals Unproduktiven und Überflüssigen bedroht.

Aber zweifellos – daran hat sich nichts geändert – ist es weiterhin im Interesse des kapitalistischen Staates, die Pandemie, die den Krankenstand erhöht, Lohnabhängige in Quarantäne daran hindert, ihrer Bestimmung nachzugehen, und das Konsum- und Geschäftsklima insgesamt belastet, einzuhegen. Weiterhin stand also im Sommer und Frühherbst moderates *Containment* auf dem Programm. Zu weiterreichenden Maßnahmen – einem zunächst zeitlich begrenzt geplanten *circuit breaker* (Überstromschutzeinrichtung, vulgo: Sicherung), der als kurzer »Wellenbrecher« funktionieren soll – greifen Bund und Länder erst, ähnlich wie im Frühjahr, als die Pandemie zu entgleiten und damit letztlich eine dramatische Autoritäts- und Akzeptanzkrise der Staatsapparate und verantwortlichen Parteien droht.

Auf ein Neues: Lockdown II

»Wirtschaftsverbände haben an die Bevölkerung appelliert, die nun wieder verschärften Maßnahmen einzuhalten.« (Tagesschau, 15.10.2020)

Die Begründung der »Lockdown-Light«-Beschlüsse durch Angela Merkel auf der Pressekonferenz am 28. Oktober 2020 belegt ein weiteres Mal, dass von einer »Verwissenschaftlichung der Politik« nun wirklich nicht die Rede sein kann. Die überforderten Gesundheitsämter, so die Kanzlerin, seien »heute an einem Punkt, wo wir bundesweit im Durchschnitt für 75 Prozent der Infektionen nicht mehr wissen, woher sie kommen«.[119] Die Aussage ist allerdings grob irreführend, denn sie vermischt die *Kontaktnachverfolgung* und die Identifizierung der *Infektionsquelle*: Auch wenn die Ämter nicht überlastet sind und die *Rückverfolgung der Kontakte*

eines Infizierten gewährleisten können, bleibt bei einer Großzahl der Ansteckungen die konkrete *Infektionsquelle* unklar:[120] Auch die vom RKI publizierte umfangreiche Studie über die Ausbruchssettings von März bis September 2020 basiert nur auf gut 25 Prozent zuordenbarer Fälle – als könne man daraus keine, wenn auch mit Unsicherheiten behafteten Schlüsse ziehen.[121] Das war es dann aber mit der Wissenschaft: Fortan galt das Infektionsgeschehen als irgendwie »diffus« und verschwand in einer Nebelwolke.

Nun ist die Empirie der Ausbrüche im Herbst 2020 keineswegs gänzlich undurchdringlich. Die RKI-Lageberichte vom November weisen darauf hin, dass die Übertragungen in den privaten Haushalten selbst, wie gehabt (siehe oben), den größten Anteil der Fälle ausmachen. Auch auf Feiern im Familien- und Freundeskreis – hierauf konzentriert sich die öffentliche Debatte – gehen zahlreiche Infektionen zurück. Außerdem vermerkt das RKI allerdings: »Zum Anstieg der Inzidenz tragen aber nach wie vor auch viele kleinere Ausbrüche in Krankenhäusern, Einrichtungen für Asylbewerber und Geflüchtete, verschiedenen beruflichen Settings sowie im Zusammenhang mit religiösen Veranstaltungen bei.«[122] Freilich schaffen es weder der Cluster in der Erstaufnahmeeinrichtung in Kassel mit 112 positiv getesteten Geflüchteten noch Superspreader-Events wie in den Schlachthöfen in Sögel und Emstek mit zusammen rund 200 unmittelbar Infizierten und mutmaßlich zahlreichen Folgefällen in die überregionalen Medien.[123] Die Beispiele ließen sich fortsetzen. Und nicht nur in der Fleischindustrie scheint es mit der Umsetzung der Hygieneregeln zu hapern: In Thüringen etwa, wo Mitte Oktober mehr als die Hälfte der Infektionsquellen geklärt werden konnten, entfallen 25 Prozent aller Fälle auf Arbeitsstätten.[124]

Aber was interessieren schon Wissenschaft und epidemiologische Fakten, wenn ohnehin von vornherein feststeht, »dass wir *natürlich* das Wirtschaftsleben soweit wie möglich intakt halten

wollen«, so die Bundeskanzlerin weiter auf der Pressekonferenz. Merkel braucht da keinen Widerspruch zu fürchten: Nicht nur dem Staatspersonal ist der reibungslos funktionierende Kapitalismus zur »zweiten Natur« geworden, sondern auch der Mehrheit der Bevölkerung: Wachstumsimperativ und Weltmarktkonkurrenz machen sich als Sachzwang geltend, der Störungen wegen eines viralen Erregers kein zweites Mal zuzulassen scheint. Das bedeutet dann, so Merkel, »im Umkehrschluss: Wir müssen harte Auflagen machen für die Beschränkung von Kontakten im privaten und im Freizeitbereich.« Dabei wird nicht mal der Anschein aufrechterhalten, dass sich die Verbote an den tatsächlichen Infektionsrisiken orientieren: Private Übernachtungen in Hotels werden untersagt, dienstliche hingegen nicht. Restaurants werden geschlossen, Betriebskantinen nicht. Anders als im Frühjahr bleiben diesmal auch die Kaufhäuser und Einkaufszentren offen: Der mittels des milliardenschweren Konjunkturprogramms befeuerte Konsum der privaten Haushalte soll vor einem neuerlichen Einbrechen bewahrt werden.

Von einer evidenzbasierten und nachvollziehbaren Eindämmungsstrategie ist das alles sehr weit entfernt. Dem Umstand etwa, dass Filmtheater und andere Vergnügungsstätten schließen müssen, Gotteshäuser hingegen offen bleiben, liegt wohl nicht nur die erfolgreiche Lobbyarbeit der einschlägigen Vereine, sondern auch die Überlegung zugrunde, dass angesichts der uns bevorstehenden »großen Prüfung« (Merkel) seelsorgerischer Beistand nicht schaden kann. Dass kein einziger Hotspot in einem Kino je bekannt wurde, im Zusammenhang mit religiösen Feiern aber gleich Dutzende, ist dann auch egal.[125]

Die Restriktionen des Lockdowns-Light fokussieren außer auf den Reproduktionsbereich ganz auf das private Umfeld. Das ist nicht nur inkonsequent, sondern setzt gerade dort an, wo es erstmal – solange die Beschränkungen moderat ausfallen und die sozialen

Bedürfnisse nicht drastisch beschneiden – eher wenig bringt: Die Menschen tendieren bei stark steigenden Infektionszahlen und der erhöhten Ansteckungsgefahr ohnehin dazu, schon aus schierem Selbstschutz oder auch aus Rücksichtnahme gegenüber den Risikogruppen und den ausgebrannten Pfleger*innen ihre Sozialkontakte zu reduzieren, Feiern zu verschieben oder nur im engsten Freundeskreis zu begehen usw. – und anders als in den Werkhallen und Büros können sie die Interaktionen im Privatbereich auch tatsächlich aus freien Stücken begrenzen. Genau das passierte dann anscheinend auch in der ersten Novemberhälfte: Jedenfalls war das exponentielle Wachstum der Infektionen schon gebrochen und die Fallzahlen stabilisierten sich, bevor das Maßnahmenpaket nach rund zwei Wochen wirksam werden sollte.

Dass die Infektionen aber auch dann weiterhin auf einem konstant hohen Niveau verbleiben, wenn der *circuit breaker* nun langsam Erfolge zeitigen müsste, könnte man ja eigentlich als Indiz dafür interpretieren, dass der neuerliche Freizeit-Lockdown die wichtigsten Expositionsorte weitgehend verfehlt hat. Das wäre allerdings das erste Mal, das *non-pharmaceutical measures* vonseiten des Staates – jedenfalls öffentlich – evaluiert, gegebenenfalls korrigiert oder gar wegen mangelnder Effizienz entsorgt würden.[126]

Da aber strengere Eingriffe oder auch nur rigidere Kontrollen und Hygienemaßnahmen in der Produktions- und Zirkulationssphäre des Kapitals nicht zur Debatte stehen, läuft alles darauf hinaus, die privaten Kontakte noch stärker zu regulieren. Um die Kurve tatsächlich abzuflachen, werden dann immer schärfere Dekrete nötig, wie die Anordnungen des Kanzleramtes vom 16. November zeigen: Selbst Kinder und Jugendliche sollen sich in ihrer Freizeit nur noch mit einer Freund*in treffen – ein Sprecher des Kinderschutzbundes qualifizierte das Vorhaben als »unbarmherzig«. Und wer bis dahin geglaubt hatte, das Offenhalten der Bil-

dungseinrichtungen hätte zuvörderst das Wohl der Schüler*innen und nicht das Arbeitsvermögen der Eltern im Blick, sah sich eines Besseren belehrt.

Eigentlich konnte es nicht sonderlich erstaunen, dass der zweite Lockdown erstmal ziemlich gefloppt ist. Dass die weitreichende Schließung von Gastronomie, Freizeit- und Kultureinrichtungen offenbar nicht allzu viele Infektionen verhindert hat, erklärt sich zum einen damit, dass die Ansteckungsgefahr in einen geräumigen Kino- und Konzertsaal schlicht geringer ist als am Küchentisch – darauf hat auch der eine oder andere Virologe hingewiesen – und also das Virus wiederum nur in das häusliche Umfeld abgedrängt wurde, wo es sich besonders gut vermehrt: Dies auch deswegen, das zeigen Umfragen, weil sich die Menschen, zum Bespiel in Restaurants – wo sie durch die Hygienevorschriften und den Mund-Nasen-Schutz der Bedienung immer wieder daran erinnert werden, dass sie gerade in einer Pandemie leben – viel vorsichtiger verhalten als in der eigenen Wohnung, wo sie sich irrtümlicherweise geschützt und sicher fühlen.[127]

Es ist diese ideologisch gefärbte, verzerrte Wahrnehmung der Transmissionsrisiken, die auch den November-Beschlüssen zugrunde liegt: Die Maßnahmen zielen darauf ab, den pathogenen Eindringling aus dem öffentlichen Raum zu verbannen, wo er als besonders virulent erscheint, auch den Funktionseliten selbst: Sie gehören – anders als der positiv getestete, 40-jährige Jens Spahn, dessen Erkrankung statistisch erwartungsgemäß ohne Komplikationen verlief – zu großen Teilen selbst zur Risikogruppe, und mehrfach schon mussten sich auch deutsche Spitzenpolitiker*innen mit Infektionsverdacht in Quarantäne begeben. Die Lageberichte des aus BMI und BMG gebildeten »Kleinen Krisenstabs« protokollieren in einem gesonderten Punkt auch das »Infektionsgeschehen am Sitz der Bundesregierung«.[128] Der Bericht vom 28. Oktober notiert – im Kapitel »Lagebild innere Sicherheit« – »eine illegale

Party in Berlin-Mitte mit ca. 600 Gästen«, die als angebliche »Fetischparty« für bundesweite Schlagzeilen und Empörung gesorgt hatte. In der Zwangsschließung von Bars, Clubs, Bordellen, Kinos und Kneipen spiegeln sich auch konservativ-bürgerliche Ressentiments[129] gegen fragwürdige Lustbarkeiten, die ihr Gegenbild finden im familiären Weihnachtsfest, dessen Ermöglichung als Ziel des Teil-Lockdowns ausgegeben wird. Auf Partys zu verzichten sei nicht besonders schlimm, so Wolfgang Schäuble: »Wenn dafür die Familien wieder ein bisschen stärker zusammenrückten«, dann stärke das »die Kräfte in der Gesellschaft.« Die *zusammengerückten* Familien, wo doch eigentlich Abstand halten das Gebot der Stunde ist, machen anschaulich, dass man sich die heimischen vier Wände als Schutzraum imaginiert, während sie ja in Wirklichkeit das Hochrisiko-Setting schlechthin sind.[130] »Corona macht konservativ«, notierte der ehemalige *Bild*-Politik-Chef Nikolaus Blome im *Spiegel* in Hinblick auf die Aufwertung des Nationalstaates und der Familie mit Wohlgefallen.[131] Die Schutzmaßnahmen, als antivirales Mittel von zweifelhafter Zweckmäßigkeit, lassen sich auch als »medizinische Feldzüge«[132] (Foucault) interpretieren, deren Nebenwirkungen auf die Normierung und Disziplinierung der Individuen abzielen. »Arbeit, Familie, Shopping [...] und Kirche, was gegenwärtig noch als ›erlaubt‹ im Regierungssinne gilt, liest sich wie aus dem Drehbuch des Neokonservatismus.«[133]

Nicht zu übersehen ist zudem: Da die öffentliche Kritik am wiederholten Präventionsversagen von Regierung und Behörden und an der sozialen Einseitigkeit der Eindämmungspolitik marginal bleibt, funktionieren die Krisenverwaltung und ihre Bestandteile – von der Corona-Warn-App über das 1000-Euro-Bußgeld[134] für den »Fred Feuerstein« auf Restaurant-Gästelisten bis zu den Lockdowns – im Sekundäreffekt auch als Dauerwerbesendung des Staates, der staatstragenden Parteien und des führenden Staatspersonals: Die Bevölkerung wird glauben gemacht, das gesundheitliche

Wohl der Bürger*innen, allen voran der »Risikogruppen«, sei dem Staat und seinen besorgten Repräsentant*innen eine Herzensangelegenheit. Die Bekämpfung, Einhegung, aber auch Instrumentalisierung der Pandemie ist auch ein Mystifikationsspektakel des Staates, das eine nationale Schicksals- und Solidargemeinschaft über die sozialen Gegensätze hinweg beschwört. In Umfragen im Herbst 2020 erreicht denn auch die Zufriedenheit mit der Regierung Allzeit-Rekordwerte, das Spitzenpersonal ist so beliebt wie lange nicht; allen voran der harte Hund der Seuchenbekämpfung, Markus Söder, schwebt im Umfragehoch und empfiehlt sich – »Nur wer Krisen meistert, kann Kanzler« – mit Nachdruck als Merkel-Nachfolger. Und auch kein Nachteil für die staatlichen Akteure: Mit den auf Dauer gestellten Debatten um Corona bleibt ein Thema im Zentrum der Aufmerksamkeitsökonomie, bei dem sich das Regierungshandeln – anders als etwa in der Klimapolitik – hoher Zustimmungswerte erfreuen kann.

Mit weiteren beeindruckenden Inszenierungen des engagierten Fürsorge-Staates ist bei den Vakzine-Verabreichungen zu rechnen, die wohl – falls nichts Unvorhergesehenes dazwischenkommt – schon Anfang 2021 anstehen und die sich Jens Spahn schon frühzeitig als Massenimpfungen in Messehallen vorstellte. Dabei werden selbstverständlich die Risikogruppen Vorrang haben, gefolgt von Gesundheitsarbeiter*innen, immer noch schlecht bezahlt zwar und nach zwei Viruswellen unter Bedingungen des Personalnotstandes am Ende ihrer Kräfte, aber womöglich wird ja wieder geklatscht. Danach sollen die »Schlüsselkräfte in der Polizei« und der anderen »systemrelevanten« Einrichtungen an die Reihe kommen. Vielleicht sind es Sanitäter der Bundeswehr, die dann die Spritzen verabreichen, dokumentiert von willfährigen Reporter*innen – das Verfahren hat sich schon beim Testen der Warn-App durch Soldaten vor laufenden Fernsehkameras bewährt.[135]

Die Welt mit und nach Corona

Trotz der erfolgversprechenden Meldungen gegen Ende 2020 über mutmaßlich hochwirksame Impfstoffe seitens mehrerer Pharmakonzerne ist allerdings keineswegs ausgemacht, dass eine Vakzine den Anfang vom Ende der Pandemie einleiten wird. Was Deutschland betrifft, werden sich die Impfungen viele Monate lang hinziehen, zudem wird die erste Generation der Impfstoffe womöglich nicht zu einer vollständigen Immunität führen, sondern vor allem schwere Verläufe mildern (womit ja schon sehr viel gewonnen wäre), die Infektionsdynamik selbst aber nur begrenzt ausbremsen.[136] Vor allem droht die Impfbereitschaft erheblich nachzulassen, sollten ernste Nebenwirkungen auftreten, was als nicht unwahrscheinlich gelten muss.[137]

Man muss also kein Zukunftsforscher sein, um zu prognostizieren, dass uns Corona in Deutschland noch lange beschäftigen wird. Erst recht gilt dies im globalen Maßstab: Der ungleiche Zugang zu den hoffentlich doch mehr oder weniger effektiven und sicheren Vakzinen – die reichen Länder des Nordens haben sich ihren Bedarf schon gesichert, die Peripherie-Staaten müssen sich hinten anstellen – könnte dazu führen, dass in jenen Ländern des Globalen Südens, die von COVID-19 stark betroffen sind, die pandemische Katastrophe ungebremst weitergeht. Es ist ein dringend zu behebendes Versäumnis, dass die Frage der globalen Verteilung der Impfstoffe in der öffentlichen Debatte und auch in der Linken kaum eine Rolle spielt.[138]

Vorerst wird sich also die epidemiologische Krise mit den anderen fundamentalen Krisen der spätkapitalistischen Weltordnung – vor allem der ökologischen und der ökonomischen – verschränken und überlagern (falls nicht gleich das nächste Virus um die Welt geht: Epidemiolog*innen haben schon ein »Zeitalter der Pandemien«[139] ausgerufen). Dass die Klimakrise trotz des kurzfristigen Rückgangs des CO_2-Ausstoßes weiter zu eskalieren droht, da-

ran erinnerten die Meldungen über auftauende Permafrostböden in Sibirien im Juli 2020 und die apokalyptischen Bilder der Waldbrände in Kalifornien im Oktober. Und auch der Krisenzyklus des globalen Kapitals geht in die nächste Runde, verstärkt und beschleunigt durch den »Great Lockdown«: Der Weltwirtschaft stehen die drastischsten Einbrüche seit der Großen Depression der 1930er Jahre bevor, mit dramatischen Folgen: Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) geht von einem Anstieg der weltweiten Arbeitslosigkeit um bis zu 25 Millionen bei einem Ausgangsniveau von 188 Millionen im Jahr 2019 aus. Und Ende Juli 2020 warnte der neue Welternährungsbericht der UN vor einer massiven Verschärfung der Hungerkrise: Wegen der Corona-Katastrophe könnte sich die Zahl der 690 Millionen unterernährten Menschen des Jahres 2019 um weitere 83 bis 132 Millionen erhöhen.

Die Zuspitzung der vielfachen Krisentendenzen des Weltkapitalismus – die Care-Krise, die durch die Pandemie überdeutlich geworden ist, wäre mindestens zu ergänzen – geht einher mit einem Notstands-Politikmodus nicht nur in den ohnehin autokratischen Regimes. Mit Blick auf die sich abzeichnenden, harten Verteilungskonflikte und den am Horizont aufscheinenden Verheerungen und Verwüstungen infolge der Erderwärmung auch in den Ländern des Nordens sind der weitere Ausbau der Überwachungs- und Kontrollinstrumente und die Stärkung der Repressionsapparate auch für die bürgerlich-demokratischen Staaten zu befürchten. Der virale Ausnahmezustand könnte sich als Versuchslabor und Generalprobe für eine autoritäre Klima-Notstandspolitik erweisen, die die Last der Senkung der CO_2-Emissionen und deren materielle Kosten möglichst ebenso kapitalfreundlich und einseitig auf die Mehrheitsbevölkerung abwälzt wie die Kontaktreduktionen und die ökonomischen und sozialen Folgen der Virus-Krise.[140]

Eher düstere Aussichten also. Auf der anderen Seite aber haben optimistischere Diagnosen eine Unterbrechung des uner-

bittlichen »Weiter so« oder gar die »Krise (auch) als Chance« ausgemacht, die das längst überfällige Ende der brüchig gewordenen neoliberalen Hegemonie einleiten und einer sozial-ökologischen Transformationspolitik den Weg bereiten könne. Ein wenig Zuversicht spenden könnte immerhin die Untersuchung zweier italienischer Politologen über historische Epidemien und deren soziale Nachwirkungen, auch wenn die Studie eingedenk der notwendigen Skepsis gegenüber der Konstruktion historischer Gesetzmäßigkeiten wohl eher anekdotischen Wert hat: Die Regierenden hätten, so die beiden Wissenschaftler, während der Seuchen ihre Herrschaft zwar meist stabilisieren können, danach seien aber oftmals Aufstände, Proteste und Revolten gefolgt. So habe etwa die 1831 in Paris wütende Cholera-Epidemie zunächst zur Revolution von 1848 geführt und 1871 dann zur Pariser Kommune.[141]

Die Beiträge des letzten Blocks dieses Buches, »Neue Normalität & Post-Corona«, haben Lia Becker und Alex Demirović, Sebastian Friedrich und Nina Scholz, Julia Fritzsche, Nicole Mayer-Ahuja, Lukas Oberndorfer, Thomas Rudhof-Seibert, Ingar Solty und Andreas Wulf beigesteuert. Sie beschreiben einige Tendenzen und Entwicklungslinien der pandemischen Gegenwart, ziehen strategische Schlussfolgerungen aus der Rekonstruktion sozialer Kämpfe des Frühjahrs, formulieren Anforderungen an eine solidarische und demokratische Krisenantwort von unten und erörtern Chancen und Anknüpfungspunkte, die sich progressiven Bewegungen im Kampf für eine bessere *Welt nach Corona* bieten.

♦ ♦ ♦

Einen Sammelband über eine Pandemie herauszugeben, die in vollem Gange ist und manch überraschende Wendung bereithält, hat sich als nicht eben leichtes Unterfangen erwiesen. Manche Texte sind aufgrund widriger Umstände später fertig geworden als geplant, sodass andere noch auf die Schnelle pragmatisch ak-

tualisiert werden mussten: Wenn dies manchem Beitrag anzumerken ist, dann liegt das nicht an den auf den letzten Metern vor Drucklegung noch zu Updates gedrängelten Autor*innen, sondern geht auf das Konto des Herausgebers. Ich bin aber guter Dinge, dass das der gewinnbringenden Lektüre der Texte keinen Abbruch tut. Im Übrigen sei betont, dass sich das Buch als pluralistischer, vielstimmiger Diskussionsband versteht – die Leser*innen sollten sich also nicht wundern, wenn in manchen der nachfolgenden Aufsätze auch Einschätzungen und Positionen formuliert werden oder implizit durchscheinen, die mitunter auch diesem einleitenden Text – der sich (ich hatte es schon erwähnt, betone es aber nochmal) ebenfalls als Debattenbeitrag versteht – widersprechen, oder umgekehrt. Offene, streitbare, aber solidarische Auseinandersetzungen über emanzipatorische Perspektiven in Zeiten von (Post)-Corona, scheinen mir dringend geboten.

Ein herzliches Dankeschön geht an meine Kolleg*innen Maurice Lahde und Katrin Fischer für die Unterstützung beim Lektorat, an letztere zudem für das umfängliche Rückenfreihalten im Verlag während der Arbeit an diesem Buch, und vor allem danke ich allen Autor*innen.

Anmerkungen

1 Die von der US-Regierung verbreitete These, das Virus entstamme einem Biowaffenlabor nahe Wuhan, gehört wohl ins Reich der Verschwörungsmythen: Jedenfalls veröffentlichten 27 international anerkannte Wissenschaftler*innen, darunter auch Christian Drosten, in der Fachzeitschrift *Lancet* ein Statement, in dem sie sich darauf festlegen, dass das Virus von Wildtieren stamme (vgl. Fabian Kretschmer: Kommt das Coronavirus aus dem Labor? In: taz, 21.4.2020, online).

2 Vgl. Klaus Dörre: Ausnahmezustand. Zur Politischen Ökonomie einer Seuche. In: spw 237, 2/2020.

3 Ob alle frühen COVID-Fälle mit Wuhan in Verbindung gebracht werden können, ist noch unklar; womöglich ist die Ausbruchsgeschichte des Virus doch komplizierter. Vgl. A. Deslandes u.a.: SARS-CoV-2 was

already spreading in France in late December 2019. In: International Journal of Antimicrobial Agents, Juni 2020.

4 Vgl. etwa: Vgl. Chuǎng: Soziale Ansteckung. Coronavirus: Mikrobiologischer Klassenkampf in China. In: analyse & kritik, 18.3.2020; Laura Spinney: Is factory farming to blame for coronavirus? In: Guardian, 28.3.2020 (online); Irene Poczka: Wie der Mensch zu neuen Viren kam. In: Neues Deutschland, 11.4.2020 (online); Kathrin Hartmann: Das kommt nicht von außen. In: Freitag, 12/2020; Sonia Shah: Woher kommt das Corona-Virus? In: Le Monde diplomatique, 12.3.2020 (online); Thomas Krumenacker: Das Pandemiezeitalter muss nicht kommen. In: Süddeutsche Zeitung, 29.10.2020 (online).

5 Vgl. Manfred Niekisch: Hoffnung für Pangolin und Mensch: China schließt Tiermärkte – vorerst. In: Frankfurter Rundschau, 21.6.2020 (online). Seit den 1980er Jahren ist der private Sektor sprunghaft angewachsen, im Jahr 2000 erstreckte er sich auf gut die Hälfte der Volkswirtschaft. Vgl. Raymond K.W. Lau: Privatisierung in China. In: PROKLA 119, 2/2000.

6 Es sind dies die Konzerne Archer Daniels Midland, Bunge Limited, Cargill Incorporated und die Louis Dreyfus Company, sie sind auch als »ABCD-Gruppe« bekannt. Sie besitzen Hochseeschiffe, Häfen und Eisenbahnen, Raffinerien und Fabriken. In den vergangenen Jahren hat der chinesische Staatskonzern Cofco zu ihnen aufgeschlossen. Vgl. Roman Herre: Fünf Agrarkonzerne beherrschen den Weltmarkt. www.boell.de, 21.1.2017.

7 Oder er möge sich die einschlägigen Filme anschauen, in denen auch die Pathogenität der Viren *bigger than life* ist: In Steven Soderberghs *Contagion* weist der fiktive Erreger »MEV-1«, entstanden aus einer Rekombination von Fledermaus- und Schwein-Erbgut, eine Basisreproduktionszahl von vier und eine Sterblichkeitsrate von 20 bis 30 Prozent auf. In *Outbreak* (1995) von Wolfgang Petersen springt ein Virus vom Affen auf den Menschen über, die Letalität des »Motaba«-Mikroorganismus liegt bei glatten 100 Prozent; darunter machen es auch *Crazies* (Regie: George A. Romero, 1973) und dessen Remake (Regie: Breck Eisner, 2010) sowie die Serien *Containment* (USA, 2016) und *Sløborn* (ZDF, 2020) nicht. In virologischer Perspektive ist die letzte Sequenz von *Contagion* besonders hübsch anzusehen, sie komprimiert einen zoonotischen Viren-Transfer von einer Fledermaus auf Gwyneth Paltrow anschaulich in wenigen Einstellungen. Es ist übrigens ein Bulldozer eines US-amerikanischen Bergbauunternehmens, der die Katastrophe in Gang setzt.

8 Interview mit Rob Wallace: Coronavirus: »Die Agrarindustrie würde Millionen Tote riskieren.« In: Marx21, Frühjahr 2020 (online); Rob

Wallace u.a.: COVID-19 and Circuits of Capital. In: Monthly Review, 1.5.2020 (online).

9 Was zu tun wäre, beschreibt die Wirtschaftsgeografin Stefanie Hürtgen: »Die monopolisiert industrialisierte Agrarwirtschaft als herrschende Form weltweiter sozialer Reproduktion gehört abgeschafft. Sie ist im Wortsinn menschheitsbedrohend. Die Nahrungsmittelproduktion muss neu aufgestellt werden. Sie muss in regional-ökologische Räume rückverlagert, in wieder diversifizierte Anbaumethoden aufgegliedert und von einer starken demokratischen öffentlich-rechtlichen Infrastruktur geschützt werden.« Das Virus kommt nicht von außen. In: Jacobin, 2.9.2020 (online).

10 Deutscher Bundestag: Drucksache 17/1205117. Unterrichtung durch die Bundesregierung: Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2012 (https://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/120/1712051.pdf); ausführlich dazu Lisa Becker / Alex Demirović (»Deutschland zwischen Lockdown und Exit«) in diesem Buch.

11 Etienne Schneider / Felix Syrovatka: Corona und die nächste Eurokrise. In: PROKLA 199, 2/2020.

12 Vgl. hierzu auch: Andreas Wehr: Diese Wirtschaft tötet. Über den Umgang mit der Corona-Krise in der Bundesrepublik Deutschland, www.andreas-wehr.eu, 2.5.2020; Winfried Wolf: Die Pandemie ist real – das Versagen der Regierenden ist global. www.lunapark21.net, 24.7.2020.

13 Vgl. Arne Meyer-Fünffinger / Ann-Kathrin Wetter: Corona-Ausbruch in Deutschland. Die verlorenen Wochen. www.tagesschau.de, 17.5.2020; dort auch die folgenden Zitate von Wieler und Spahn.

14 Robert-Koch-Institut zu Corona und Grippe: »Die Influenza ist die konkrete Gefahr«. rbb24, 21.1.2020.

15 Virologe Alexander Kekulé: »Man hätte mehr gegen das Virus tun können«. www.br.de, 28.1.2020.

16 Christian Drosten: Coronavirus-Experte im Interview. Talk aus Berlin, 30.1.2020 (www.youtube.com/watch?v=Z3Zth7KYVHY).

17 Virologe warnt: »Pandemie nicht vermeidbar«. www.zdf.de, 23.2.2020.

18 Alexander Kekulé: Was wir tun müssen – jetzt. In: Die Zeit, 25.2.2020 (online).

19 Vgl. den Beitrag von Rolf Gössner in diesem Buch.

20 Die Wirksamkeit des Mund-Nasen-Schutzes sollte man indes auch nicht überschätzen. Eine kritische Diskussion der Studien und Metastudien: Heiner Barz: Wegezoll für die »neue Normalität«. In: Cicero, 6.9.2020 (online); ausführlicher noch hier: https://bildungsforschung.hhu.de/wp-content/uploads/2020/09/Masken-im-Schulalltag.pdf;

einen maskenfreundlicheren Überblick liefert Lynne Peeples: Masken schützen vor COVID-19. www.spektrum.de, 14.10.2020.

21 In der »Risikoanalyse« desselben RKI von 2012 werden nur wenige antiepidemische Maßnahmen erwähnt: die Absage von Großveranstaltungen, Schulschließungen (S. 62), Absonderung, Hygiene und – genau – Masken (S. 86).

22 Die späte Reaktion hat gewiss auch mit eurozentristischer Überheblichkeit zu tun. Vgl. Felix Wemheuer: »Eurozentrische Arroganz gegenüber China«. www.dw.com, 30.4.2020.

23 Vgl. den Beitrag von Axel Gehring in diesem Buch.

24 Für eine sozialepidemiologische Perspektive auf die Katastrophe in Bergamo, die auch die belastenden Umweltbedingungen in den Blick nimmt, vgl. Albrecht Goeschel: Von der Organmedizin zur Virusmedizin. www.heise.de, 2.6.2020.

25 Vgl. Hanno Charisius u.a.: Innenministerium dringt auf massive Ausweitung von Corona-Tests. In: Süddeutsche Zeitung, 27.3.2020 (online). Nachdem das Papier von der Seite fragdenstaat.de veröffentlicht wurde, hat es später auch das BMI zugänglich gemacht: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/corona/szenarienpapier-covid-19.pdf.

26 Man staunt über die Rückkehr des Klassenbegriffs in Regierungspapiere (auch wenn sich Ex-BDI-Chef Markus Kerber, der als Hauptverantwortlicher auch dieses Papiers gilt, mit Klassen zweifellos auskennt). Allerdings sitzen die Autor*innen ihrer eigenen Ideologie auf: Die Vulnerabilität ist sehr ungleich verteilt, siehe den Abschnitt: »Wer zahlt? (I)« in dieser Einleitung. Das Papier ist zitiert bei Frank Janzen: Innenministerium befürchtet Verrohung der Gesellschaft. In: Tagesspiegel, 10.4.2020 (online).

27 Zitiert nach Janzen (Anm. 26).

28 Christian Drosten über Langzeitfolgen bei mildem Verlauf: »Das sind Beobachtungen, die man an seltenen Fällen macht und dann versucht zu generalisieren. Man sieht was Seltenes und dann fragt man sich, gibt es das vielleicht in ganz milder Form, aber auch häufiger, das ist immer eine Hypothesen-Stellung bei solchen klinischen Beobachtungsstudien. Aber es ist bekanntermaßen nicht so, dass Personen, die diese Erkrankung überstanden haben, das sind ja zum Glück auch schon ganz schön viele, da bestimmte Folgeerscheinungen haben.« NDR Coronavirus-Update, 20.4.2020.

29 BMI (Anm. 25).

30 Vgl. Christian Drosten (Anm. 16).

31 Über die Stimmungslage in der Bevölkerung informiert kontinuierlich das u.a. vom RKI betriebene »COVID-19 Snapshot Monitoring (COSMO)« (https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/cosmo-analysis.html). Man sollte die berechtigte Angst vor der realen Ansteckungsgefahr nicht vorschnell als »Panik« denunzieren. Im statistischen Durchschnitt wird die Gefahr, die von der Viruserkrankung ausgeht, allerdings deutlich überschätzt. Auf die Frage »Wie schätzen Sie eine Infektion mit dem neuartigen Coronavirus für sich selbst ein?« antworteten im September 2020 vor der zweiten Welle rund 42 Prozent der Befragten mit »Extrem/eher gefährlich«. Eine starke Überschätzung des individuellen Risikos, sich zu infizieren und lebensbedrohlich zu erkranken, hat auch eine Studie des DIW festgestellt: »Die durchschnittliche Wahrscheinlichkeit dafür wurde mit rund 26 Prozent angegeben. Tatsächlich aber betrage das lebensbedrohliche Erkrankungsrisiko für Erwachsene nur 0,6 Prozent.« (Amory Burchard: Wahrnehmung der Infektionsgefahr: Individuelles Risiko, schwer an Corona zu erkranken, wird überschätzt. In: Tagesspiegel, 21.8.2020, online); Ralph Hertwig u.a.: Menschen überschätzen Risiko einer COVID-19-Erkrankung, berücksichtigen aber individuelle Risikofaktoren. DIW aktuell 52, 2020.

32 Medienbeobachter wie Klaus Meier (Corona-Berichterstattung: Das hätten Medien besser machen können. www.deutschlandfunkvova.de, 5.6.2020) und Otfried Jarren (Im Krisenmodus. www.epd.de, 27.3.2020) haben vor allem dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen kein gutes Zeugnis ausgestellt und beklagen die einförmige Berichterstattung besonders zu Beginn der Pandemie. Eine medienkritische Linkliste gibt es hier: www.epd.de/fachdienst/medien/corona.

33 »Während sie schläft. Im Berliner Krankenhaus Havelhöhe liegt eine Corona-Patientin wochenlang im Koma. Überlebt sie? Stirbt sie?« In: Zeit Online, 24.6.2020. »Der Todeskampf des Goran Simic. Er ist jung, gesund und gehört keiner Risikogruppe an. Als er an COVID-19 erkrankt, macht er sich zunächst keine Sorgen. Dann ringen die Ärzte um sein Leben.« In: Spiegel, 29.5.2020. Die *Spiegel*-Geschichte gibt es auch vertont als 35-minütige »Audiostory«.

34 So Drosten über die Meldung einer SARS-CoV-2-Doppel-Infektion. NDR-Coronavirus-Update 1.9.2020.

35 Alp Kayserilioğlu u.a.: Viraler Kapitalismus. In: re:volt magazine, 11.3.2020 (online).

36 Vgl. die Beiträge von Ingar Solty und Velten Schäfer sowie Natascha Strobl in diesem Buch.

37 Harald Stutte: Blockwart-Boom: Macht Corona uns zu Denunzianten? In: Frankfurter Rundschau, 6.4.2020 (online).
38 Abkürzung für »Faschismus-Skala«, die für das Forschungsprojekt über *The Authoritarian Personality* (1950) von Theodor W. Adorno und anderen entwickelt wurde.
39 Andrej Reisin / Patrick Gensing: Die angebliche Superspreaderin von Garmisch. www.tagesschau.de, 17.9.2020.
40 Für die Verwendung der Begriffe Lockdown/Shutdown hat sich keine einheitliche Sprachregelung durchgesetzt, auch in diesem Buch wurde auf eine Vereinheitlichung verzichtet.
41 Handelsblatt, 23.3.2020 (online).
42 Peter Carstens: Arbeitsminister Hubertus Heil: »Umfragen sind für mich nicht handlungsleitend«. In: FAZ, 14.5.2020 (online).
43 Vgl. »Lockdown? Ohne uns!« auf S. 33 in diesem Buch.
44 Christina Berndt / Daniel Drepper: Arbeitgeber verzögern neue Regeln für Schutz vor SARSs-CoV-2. In: Süddeutsche Zeitung, 26.7.2020 (online).
45 Vgl. Reimar Paul / Gloria Geyer: Eskalation in abgeriegeltem Hochhaus in Göttingen. In: Tagesspiegel, 21.6.2020 (online); Reimar Paul: Flucht aus dem Corona-Block. In: taz, 29.6.2020 (online). Randale vor Corona-Hochhaus: Polizei zieht Bilanz. www.ndr.de, 3.8.2020.
46 Sebastian Eder: »Es gibt eine sehr starke soziale Komponente bei dieser Krankheit«. In: FAZ, 17.5.2020 (online). Vgl. zu Großbritannien und den USA die Beiträge von Christian Bunke und Moritz Wichmann in diesem Buch.
47 Die Studie der AOK Rheinland/Hamburg und des Instituts für Medizinische Soziologie des Universitätsklinikums Düsseldorf ergab, dass Bezieher von Arbeitslosengeld II ein um 84 Prozent höheres Risiko für eine schwere COVID-Erkrankung haben; vgl. Ärzteblatt, 15.6.2020 (online).
48 Deutschland hat in Europa die höchste Anzahl an Intensivbetten pro Einwohner*in. Zu den sozioökonomischen Voraussetzungen, die das Krisenmanagement erleichtern, gehören ein hoher Anteil von Singlehaushalten und die Möglichkeit, auf Homeoffice-Arbeitsplätze auszuweichen; auch die Testkapazitäten konnten in der Bundesrepublik relativ schnell hochgefahren werden. Das allein erklärt allerdings nicht, weshalb Deutschland die erste Welle besser bewältigt hat als viele Nachbarländer: Wie stark ein Land von COVID-19 betroffen ist und wie erfolgreich es die Pandemie bewältigt, hängt von einer kaum überschaubaren Anzahl von Faktoren ab.
49 Jens Münchrath / Thomas Tuma: Entwicklungsminister Müller: »An den Folgen der Lockdowns werden weit mehr Menschen sterben als

am Virus«. In: Handelsblatt, 22.9.2020 (online). Vgl. auch: COVID-19 bringt den Tod auf Umwegen. www.deutschlandfunk.de, 19.7.2020.

50 Ein gutes Beispiel dafür ist das in den sozialen Medien gerne geteilte Papier »Scientific consensus on the COVID-19 pandemic: we need to act now« (www.lancet.com, 15.10.2020), in dem »general population restrictions, including orders to *stay at home* and *work from home*« als wichtigste Maßnahme »to slow the rapid spread of the virus« gepriesen werden. Fast alle Unterzeichner*innen, die in ihren Homeoffices vermutlich eine gute Zeit verbringen, kommen aus Europa oder Nordamerika.

51 Gerald Grüneklee u.a.: Corona und die Demokratie. o. O., 2020, S. 105. Dass sich die Autoren an der Seite Bolsonaros, der »die Normalität verteidigt und vor Panikmache warnt« (S. 144) wiederfinden, ist ihnen selbst etwas unheimlich. Fünf Monate nach Erscheinen dieses ersten deutschsprachigen Corona-Buches sind in Brasilien knapp 100.000 Menschen an COVID-19 gestorben, bis Ende 2020 sind es fast 200.000.

52 So *Campact*-Vorstand Felix Kolb: »Wir predigen das Vorsorgeprinzip«. In: taz, 29.5.2020 (online).

53 Velten Schäfer: Coronakrise und die Linke. Aluhut und Atemmaske. In: Neues Deutschland, 23.5.2020 (online). Zur Lagerbildung vgl. auch den Beitrag von Theodor Schaarschmidt in diesem Buch.

54 In den sozialen Netzwerken gruppierten sich nicht wenige User*innen als treue Fanbase um ihren jeweiligen Lieblingsforscher – hier gerne Hendrik Streeck, dort Christian Drosten, redliche Wissenschaftler gleichermaßen –, wobei man wohl dem »Team Drosten« mit seinem teenagerhaften Kult um ihren grundsympathischen Regierungsberater zugestehen muss, die Partie – zumindest gemessen am Grad der Begeisterung für ihren Starvirologen – gewonnen zu haben. Zum Drosten-Kult vgl. Velten Schäfer: Die Zerstörung von Streeck und Kekulé. In: Neues Deutschland, 6.6.2020 (online).

55 Vgl. die Online-Tabelle der Johns-Hopkins-Universität, die man nach »Deaths/100K pop.« sortieren kann: https://coronavirus.jhu.edu/data/mortality.

56 Kekulé: »Die ganze Republik in die Bude zu sperren, dafür gibt es keine medizinische Indikation.« In: Der Spiegel, 16.3.2020 (online); Streeck: »Ich bin entschieden gegen eine Ausgangssperre«. In: Stern, 19.3.2020 (online); Jonas Schmidt-Chanasit: »Eine Ausgangssperre hat Nebenwirkungen«. Podcast, www.stern.de, 20.3.2020; Brinkmann: Markus Lanz, 21.3.2020; Drosten: NDR Coronavirus-Update, 20.3.2020.

57 Kekulés Corona-Kompass, 19.3.2020.

58 Das liegt auch daran, dass SSEs sehr oft auf der Übertragung durch Aerosole beruhen; diese virushaltigen Kleinstpartikel verteilen sich in Innenräumen nebelartig und reichern sich dort an; im Freien indessen verflüchtigen sie sich. Vgl. Joachim Müller-Jung: Was wissen wir über die Ansteckung in Räumen? www.faz.net, 29.9.2020.

59 COVID-19 Superspreading Events Around the World. https://medium.com [Stand 15.8.2020].

60 Hua Qian, Te Miao, Li LIU, Xiaohong Zheng, Danting Luo, Yuguo Li: Indoor transmission of SARS-CoV-2. www.medrxiv.org, 4.4.2020.

61 Epidemiologisches Bulletin des RKI (38/2020). Manche Kategorien sind nicht eindeutig zuzuordnen, etwa »Freizeit, unspezifisch« mit 1699 Fällen; von den 5824 Infektionen in der Kategorie »Arbeitsplatz« könnte die eine oder andere auch im Freien stattgefunden haben. Allerdings kommt die Studie »COVID-19 clusters and outbreaks in occupational settings in the EU/EEA and the UK« (www.ecdc.europa.eu) zu dem Ergebnis, dass »the vast majority (95%) of outbreaks in occupational settings have been reported in indoor settings« (S. 9).

62 »Superspreader-Events« – Wenn Demos, Feiern und Veranstaltungen zum Problem werden. www.deutschlandfunk.de, 16.10.2020. Dass die diversen Demos sich nicht in den – im Sommer sehr niedrigen – Fallzahlen niederschlugen, konnte man auch auf den Informationsseiten der Städte, in denen sie stattfanden, ablesen.

63 Tommy Beer: Research Determines Protests Did Not Cause Spike In Coronavirus Cases. www.forbes.com, 1.7.2020. Vor diesem Hintergrund ist es bedauerlich, dass sich Aktivist*innen so unter moralischen Druck setzen lassen, dass sie Versammlungen im Freien wie die *Fridays for Future*-Demo in München am 24. September 2020 freiwillig absagen.

64 Philipp Daum / Julia Kopatzki: Plötzlich Berlin. In: Die Zeit, 6.10.2020 (online).

65 RKI-Steckbrief SARS-CoV-2: Steckbrief zur Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19), Stand: 30.10.2020 (www.rki.de). Gelegentlich werden das Champions-League-Spiel zwischen Atalanta Bergamo und dem FC Valencia am 19. Februar 2020 oder die Frauenrechte-Demonstration in Madrid am 8. März als Beispiele für SSEs im Freien angeführt. Ob das Fußballspiel überhaupt ein SSE war, ist unklar; falls ja, dann haben sich die Fans wohl eher in der vollgestopften U-Bahn auf dem Weg zum Stadion angesteckt (vgl. Tom Mustroph: Coronavirus: Spekulationen um Atalanta Bergamo vs. FC Valencia Bergamo – Das »Spiel Null« der Corona-Epidemie? www.sportschau.de, 24.3.2020.) Von der Frauenrechtedemo in Madrid wird berichtet, dass dort Zehntausen-

de »einander herzten, Küsschen verteilten«; zumindest Letzteres ist auch an der frischen Luft ein Infektionsrisiko, keine Frage. Vgl. Sebastian Schoepp: Spanische Parteien streiten über Großdemonstration Anfang März. In: Süddeutsche Zeitung, 18.5.2020 (online) und den Beitrag von Carmela Negrete in diesem Buch. Auch der Cluster um Donald Trump herum könnte während der Vorstellungszeremonie von Richterin Amy Coney Barrett am 26. September 2020 im Garten des Weißen Hauses, also im Freien, entstanden sein, allerdings ist auch das fraglich: »Nach Medienberichten wurde danach in mehreren Räumen des Weißen Hauses auf die Nominierung Barretts angestoßen. Auch hier sollen Corona-Regeln missachtet worden sein.« RND: Hat sich Trump im Rosengarten infiziert? www.rnd.de, 3.10.2020.

66 Bundesinstitut für Risikobewertung: Kann das neuartige Coronavirus über Lebensmittel und Gegenstände übertragen werden? Fassung vom 2.2.2020.

67 WHO: Consensus document on the epidemiology of severe acute respiratory syndrome (SARS). www.who.int/csr/sars/WHOconsensus.pdf?ua=1, S. 5.

68 Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2012 (Anm. 10), S. 57.

69 Welche Rolle das Superspreading bei den verschiedenen Erregern spielt, wird durch den Dispersionsfaktor (k) angegeben: Je kleiner der Wert, desto geringer ist die Zahl der Menschen, die einen Großteil der Infektionen verursachen. Bei SARS und MERS liegt der k-Wert bei 0,16 und 0,25; bei SARS-CoV-2 bewegen sich die Schätzungen zwischen 0,1 und 0,5. Vgl. Kai Kupferschmidt: Why do some COVID-19 patients infect many others, whereas most don't spread the virus at all? www.sciences.org, 19.5.2020. Vgl. auch Lars Fischer: Wie SARS-CoV-2 in Deutschland aussterben kann. www.spektrum.de, 9.6.2020.

70 In einem spannenden Interview verbindet Hitoshi Oshitani seine Anti-Cluster-Strategie, die nicht jede einzelne Infektion verhindern will, mit (milder) Eurozentrismus-Kritik. Während im Westen »nicht nur Politiker, sondern sogar akademische Experten Kriegsmetaphern verwendet haben, um über COVID-19 zu sprechen«, hätte Japan das »Zusammenleben mit Mikroben akzeptiert«. Infectious Disease Response – to see the forest, not just the trees. In: www.japanpolicyforum.jp, 5.7.2020.

71 NDR Coronavirus-Update 1.9.2020; vgl. Christian Drosten: Ein Plan für den Herbst. In: Die Zeit, 5.8.2020 (online).

72 Zitiert nach Felix Lill: Wie stecken sich besonders viele Menschen mit Sars-CoV-2 an? In: Die Zeit, 15.7.2020 (online).

73 Felix Lill (Anm. 72). Welche anderen Faktoren jenseits der Cluster-Strategie für den japanischen Erfolg mitverantwortlich sind, etwa die weitere Verbreitung von Masken, lässt sich schwer einschätzen. Es sollte nicht unerwähnt bleiben, dass in Japan eine rechtsnationalistische Regierung an der Macht ist, der allerdings für einen autoritären Anti-Corona-Kurs die rechtlichen Voraussetzungen fehlten. Sven Lemkemeyer: So schaffte es Japan ohne Lockdown, das Coronavirus fast vollständig zu besiegen. In: Tagesspiegel, 29.5.2020 (online). Vgl. Dennis Normile: Japan ends its COVID-19 state of emergency. www.sciencemag.org, 26.5.2020.
74 Vgl. zur Logik der »Gefahrengebiete« den Beitrag von Johannes Hauer in diesem Buch.
75 Polizei fordert Schließung der Berliner Parks. www.berlin.de, 1.4.2020.
76 Zitiert nach Frank Janzen (Anm. 26).
77 Der hohe Stellenwert, den die »Innere Sicherheit« in der Krisenpolitik einnimmt, lässt sich auch daran ablesen, dass der aus Gesundheits- und Seehofer-Ministerium gebildete »Kleine Krisenstab« in seinen in vier Kapiteln gegliederten Lageberichten neben den »Lagefeldern« Gesundheit, Internationale Bezüge und Bundeswehr auch das »Lagefeld Innere Sicherheit« protokolliert. Gelegentlich tauchen diese »nur für den Dienstgebrauch« bestimmten Berichte im Internet auf (etwa https://fragdenstaat.de/blog/2020/10/30/corona-krisenstab-lagebild-entscheidungen/).
78 Michel Foucault: Überwachen und Strafen. Frankfurt/M. 1977, S. 254.
79 Was Sie jetzt über Ausgangssperren wissen müssen. In: Spiegel, 20.3.2020 (online).
80 Zitat von Andreas Wehr: Diese Wirtschaft tötet. Über den Umgang mit der Corona-Krise in der Bundesrepublik Deutschland. www.andreas-wehr.eu, 2.5.2020. Ähnlich argumentieren Verena Kreilinger u.a.: Die Regierungen »standen unter direktem Druck der Bevölkerungen«. Corona, Krise, Kapital: Eine solidarische Alternative in den Zeiten der Pandemie. Köln 2020, S. 114.
81 Vgl. Christian Bahrs: Radikale Maßnahmen für viele Monate? www.tagesschau.de, 17.3.2020.
82 Hannes Hofbauer / Andrea Komlosy: Corona-Panik. In: Lunapark 21, Nr. 50 (Sommer 2020), S. 28.
83 Jacques Schuster: Ziviler Gehorsam. In: Die Welt, 22.4.2020 (online). Und gleich noch ein zweites Mal: Jacques Schuster: Spahns Bekenntnis hat den Hang zum zivilen Ungehorsam umgekehrt. In: Die Welt, 2.9.2020.

84 Im »Tagebuch der Inneren Sicherheit« der *CILIP*-Redaktion sind viele dieser Fälle dokumentiert: www.cilip.de/institut/corona-tagebuch.

85 Klimacamp in Aachen darf nach Kontrolle bleiben. In: Die Welt, 25.9.2020 (online); »Querdenken«-Chaos: Sachsen verschärft Versammlungs-Regeln. In: Die Zeit, 10.11.2020.

86 Zitiert nach Sebastian Lotzer: Bologna in Zeiten des Corona Virus – Das Wu Ming-Tagebuch. https://non.copyriot.com, 16.3.2020.

87 Der Puls steigt. In: Spiegel, 1.8.2020. Die Studie von Klimek und Kolleg*innen: Ranking the effectiveness of worldwide COVID-19 government intervention. www.medrxiv.org., 8.7.2020. In einer zweiten Studie von Jan Brauner und Kolleg*innen von der Universität Oxford, die sich die Effizienz von acht NPIs in 41 Ländern, hauptsächlich aus Europa, anschaute, wird die Ausgangssperre als begrenzt wirksam eingeschätzt, sie rangiert auf Platz sechs: The effectiveness of eight nonpharmaceutical interventions against COVID-19 in 41 countries. www.medrxiv.org, 23.7.2020. Beide Studien sind noch nicht *peer-reviewed*. Zudem muss man darauf hinweisen, dass kontaktbeschränkende Maßnahmen in aller Regel im Paket und oft kurz hintereinander beschlossen wurden, sodass eine empirische Bewertung der einzelnen NPIs nur schwer möglich ist.

88 Man muss dazu sagen, dass R nur retrospektiv mit einer Verzögerung von zwei bis drei Wochen geschätzt werden kann: Dass R schon unter den Wert 1 gefallen war, konnte man also am 22. März noch nicht wissen.

89 Epidemiologisches Bulletin des RKI, 17/2020, S. 15. Die einflussreiche, unter anderem von der Bundeszentrale für politische Bildung finanzierte »Faktencheck«-Institution »Correctiv« prüfte die Angelegenheit (am 24.4.2020, correctiv.org) ausführlich – und lieferte damit ein Paradebeispiel für das ärmliche Argumentationsniveau vieler Debatten: Den Kritiker*innen der Beschlüsse vom 22. März wird unterstellt, gleich *sämtliche* Maßnahmen abzulehnen. In der Sache selbst kommen die Correctiv-Autoren zu keinem wesentlich anderen Ergebnis, als dass das »Kontaktverbot hilft, den Wert auf unter 1 zu halten«. Die wohl genaueste, kritische Analyse liefert Florian Nill (Die Corona-Wende in Deutschland. www.heise.de, 2.6.2020), die allerdings ohne fortgeschrittene mathematische Kenntnisse nur partiell verständlich ist.

90 Das lässt etwa am Beispiel Berlins illustrieren, wo am 20. April die Ausgangsbeschränkungen aufgehoben wurden. Die täglichen Neuinfektionen (im 7-Tage-Schnitt) lagen am 20. April bei 85, fielen 10 Tage später auf 60, um dann am 26. Mai mit 21 ihren Tiefststand zu erreichen (www.

rbb.de). Die Reproduktionszahl fiel bundesweit von 0,9 am 20. April auf 0,75 am 29. April und 0,65 am 6. Mai (https://de.statista.com).

91 Vgl. die Beiträge von Christian Bunke, Carmela Negrete, Bernard Schmid und Jens Renner in diesem Buch. Harte Ausgangssperren können dann erfolgreich sein, wenn sie so frühzeitig einsetzen, dass das Virus – anders als in den genannten Ländern – noch gar nicht in größerem Umfang in der Bevölkerung zirkuliert, wie das etwa in Ungarn der Fall war (vgl. den Beitrag von Aert van Riel im diesem Buch).

92 Ausnahme: In Portugal blieben die Menschen auch ohne Ausgangssperre zu Hause; das Land wurde von der ersten Infektionswelle weitgehend verschont, im Herbst 2020 stiegen aber auch hier die Zahlen stark an.

93 Noch schlimmer sehen die Zahlen aus, wenn man von Übersterblichkeitsberechnungen ausgeht: Dann kommt man in Spanien auf 54.300 statt der offiziellen 32.179 Todesfälle, in Großbritannien auf 63.000 statt 57.690 und in Italien auf 43.700 statt 34.747 Tote: https://www.nytimes.com/interactive/2020/04/21/world/coronavirus-missing-deaths.html [Stand: 16.10.2020].

94 Vgl. zu den Gründen für die vielen Todesfälle in Schweden den Beitrag von Andrea Seliger in diesem Buch.

95 Dass sich auch manche Linke den *#StayAtHome*-Hashtag zu eigen gemacht oder ihn gar zu *#StayTheFuckHome* moralisch verschärft haben, blieb nicht ohne Widerspruch: Mia Neuhaus / Massimo Perinelli: Solidarisch bleiben. In: Jungle World, 26.3.2020 (online).

96 Forscher sehen drei Haupttreiber für Corona-Pandemie. In: Deutsche Apotheker-Zeitung, 23.10.2020 (online).

97 Epidemiologisches Bulletin des RKI (38/2020).

98 Vor allem dort, wo viele Menschen auf engem Raum *indoor* zusammenkommen: Bars, Clubs, Hochzeiten, Beerdigungen, Geburtstagsfeiern, Chorproben, Gottesdienste; lautes Reden und Singen erhöhen die ausgeschiedenen Mengen an virushaltigen Tröpfchen und Aerosolen. Vgl. Ist Singen wirklich gefährlicher als Sprechen? In: Spiegel, 23.8.2020 (online).

99 Forscher sehen drei Haupttreiber für Corona-Pandemie (Anm. 96).

100 Julia Merlot / Christoph Seidler: Risikofaktor Familie. In: Spiegel, 7.5.2020 (online). Analysen aus den USA beziffern den durchschnittlichen SAR-Wert im Haushalt zwischen knapp 20 und gut 50%, vgl. Werner Bartens: Ansteckung am Küchentisch. In: Süddeutsche Zeitung, 13.11.2020 (online). Vgl. auch Epidemiologisches Bulletin des RKI (38/2020).

101 Interview mit Gert Antes: »Corona-Regeln werden völlig willkürlich ausgelegt«. In: Berliner Zeitung, 29.10.2020 (online).

102 Ausgerechnet ein Autor des *Lower Class Magazine* mahnte an, dass sich die Linke nicht mit so »marginalen Fragen wie Ausgangssperren« aufhalten solle (Corona und der ideelle Gesamtkapitalist. https://lowerclassmag.com, 31.3.2020).
103 So die Formulierung der Gesellschaft für Krankenhaushygiene. www.aerzteblatt.de, 31.3.2020.
104 Vgl. Anm. 48.
105 Vgl. Gert Antes (Anm. 101).
106 Die Effizienz der Freizeit-Lockdown-Politiken stellt sich deswegen in den Wintermonaten auch ein Stück weit anders dar, wie etwa das im Vergleich zum Frühjahr – trotz der weniger strikten Restriktionen – deutlich schnellere Absinken der Infektionszahlen im November 2020 in Frankreich belegt. Eine Bilanz der Ausgangssperren müsste allerdings auf der Kostenseite auch deren unmittelbar tödlichen »Neben«-Effekte berücksichtigen: Weltweit haben Klinikeinweisungen aufgrund von akuten Herzinfarkten in Corona-Zeiten abgenommen und damit das Sterberisiko der Patienten erhöht. Vgl. Veronika Schlimpert: Herzinfarkt in Corona-Zeiten. www.kardiologie.org, 11.8.2020 (online).
107 Kretschmann: »Man muss gerade keine Party feiern«. Zeit, 11.10.2020 (online); Oshitani: s. Anm. 70.
108 »Wir halten uns mehr in warmen Innenräumen auf. Die Luftzirkulation dort ist schlechter, die Schleimhäute sind anfälliger, die Temperatur für respiratorische Erkrankungen optimaler.« Hendrik Streeck: Leben lernen mit Corona. In: Handelsblatt, 9.10.2020.
109 Christian Drosten: Ein Plan für den Herbst. In: Die Zeit, 5.8.2020 (online).
110 Virologe Streeck im Interview: »Ich bin ein Impf-Fan«. In: taz, 13. 11. 2020 (online). Vgl. auch das von Streeck mitverantwortete »Positionspapier zu COVID-19«. www.kbv.de, 4.11.2020. Der besondere »Schutz vulnerabler Gruppen« (*Protection*) ist einerseits notwendiger Bestandteil jeder antiepidemischen Strategie, andererseits besteht die große Gefahr, dass der »Schutz« zur Isolierung der Betroffenen führt. Vgl. hierzu den Beitrag von Silke van Dyk, Stefanie Graefe und Tine Haubner in diesem Buch. Vgl. auch die Vorschläge von Christian Drosten: »Wir müssen jetzt die Fälle senken. Sonst schaffen wir es nicht.« In: Zeit Online, 20.3.2020.
111 Ärzte und Krankenhäuser warnen vor dramatischem Mangel an Pflegekräften. www.aerzteblatt.de, 27.10.2020.
112 Alexander Kekulé: »Wir brauchen ein kontinuierliches Konzept und nicht dieses Auf und Ab«. www.deutschlandfunk.de, 16.11.2020. Vgl.

auch Halina Wawzyniak: Fehlende Daseinsvorsorge führt zu fehlender Gesundheitssorge. https://blog.wawzyniak.de, 10.11.2020.

113 So das Staatsministerium Baden-Württemberg. Vgl. Lisa Seemann und Shafagh Laghai: Luftfilter – zu teuer für die Schulen? www.tagessschau.de, 22.10.2020.

114 Patientenschützer für tägliche Antigenschnelltests in der Pflege. www.aerzteblatt.de, 17.11.2020.

115 Lena Kampf u.a.: Niemand rein, niemand raus. In: Süddeutsche Zeitung, 22.11.2020 (online). Vgl. auch den Beitrag von Silke van Dyk, Stefanie Graefe und Tine Haubner in diesem Buch.

116 Etwa mehrere Hunderttausend Tote, die in Europa Jahr für Jahr auf das Konto der hohen Feinstaubbelastung gehen (vgl. 400.000 Todesfälle wegen Luftverschmutzung. tagesschau.de, 16.10.2020). Feinstaubbelastung ist im Übrigen auch ein besonderer Risikofaktor für COVID-19.

117 NDR Coronaupdate, 29.9.2020. Drosten, leider kein großer Gesellschaftskritiker, bezieht sich dabei auf eine US-Studie; die besondere Betroffenheit von marginalisierten Bevölkerungsgruppen kommt ihm nicht in den Blick; vgl. den Beitrag von Moritz Wichmann in diesem Buch.

118 Magdalene Schmunde: Was aus den Infizierten bei Tönnies wurde. www.deutschlandfunk.de, 1.9.2020. Auch die Sterblichkeitsrate von SARS-CoV-2 insgesamt erweist sich als nicht so hoch, wie sie im Frühjahr geschätzt wurde. Das BMI-Strategiepapier (s. Anm. 25) ging von einer Infektionssterblichkeit (IFR) von 1,2 bis 2 aus. Die Heinsberg-Studie beziffert die IFR mit 0,36; eine Münchner Antikörper-Studie mit 0,76, vgl. Viermal so viele Corona-Infizierte wie gemeldet. In: Süddeutsche Zeitung, 5.11.2020, online.

119 https://www.bundesregierung.de/breg-de/mediathek/merkel-nach-mpk-1805206

120 Schlicht vor allem deswegen, weil sich oftmals nicht klären lässt, ob sich eine Person morgens in der U-Bahn, tagsüber auf ihrem Arbeitsplatz, abends im Theater oder danach in der Kneipe angesteckt hat. Vgl. das Interview mit dem schon erwähnten Gesundheitsamtsleiter Patrick Larscheid: »Überfordert?«. In: Die Zeit, 13.11.2020 (online).

121 Das *Epidemiologische Bulletin des RKI* (38/2020) widmet der Analyse der Expositionsorte immerhin 22 Seiten.

122 Täglicher Lagebericht des RKI zur Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19). www.rki.de, 3.11.2020.

123 Zur Erstaufnahmeeinrichtung: Kassel jetzt Risikogebiet – Ärzte kritisieren Krisenmanagement. www.hessenschau.de, 15.10.2020; zu Sögel: Tönnies muss Schlachthof Sögel für 22 Tage schließen. www.

agrarheute.de, 8.10.2020; zu Emstek: 63 Arbeiter im Vion-Schlachthof Emstek mit Corona infiziert. www.topagrag.com, 7.10.2020.

124 Timo Steppat: Hilft es, Restaurants zu schließen? www.faz.net, 28.10.2020. Vermutlich sind Ausbrüche am Arbeitsplatz untererfasst; das zeigt der Fall des Fleischverarbeiters Allfrisch in Emsdetten: Nach einer Massenansteckung unter den Leiharbeitern aus Bulgarien und Ungarn erklärte das Unternehmen, dass die Infektionen auf zwei Feiern aus familiären Anlässen zurückgingen. Man darf wohl annehmen, dass die Behörden der kaum nachprüfbaren Behauptung Glauben schenken werden. Vgl. Massentest bei Fleischbetrieb liefert 55 positive Ergebnisse. www.bild.de, 28.9.2020.

125 Auch die Deklarierung von zwei Dritteln der Welt zum »Risikogebiet« durch das RKI – im Auftrag von Auswärtigem Amt, BMI und BMG – erscheint Anfang November 2020 mehr und mehr sinnfrei. An dieser auch nationalistisch gefärbten und heimattümelnden Maßnahme – »Einfach mal die Schönheit Deutschlands genießen!« (Jens Spahn auf Twitter) – halten die Behörden auch dann noch fest, als deren Widersinnigkeit immer offensichtlicher wird und Deutschland selbst den kritischen 7-Tage-Inzidenz-Wert von 50 Neuinfektionen je 100.000 Einwohner*innen mehr als deutlich überschritten hat: Er liegt am 9. November bei 139, in den meisten Großstädten sogar weit über 200.

126 Die Evaluierung des November-Lockdowns ist mit der Unsicherheit behaftet, dass wegen der neuen Teststrategie des RKI weniger, aber zugleich zielgerichteter getestet wird, die Zahl der Neuinfektionen mit denen von Ende Oktober also nicht unbedingt vergleichbar ist.

127 Vgl. Jonas Schmidt-Chanasit: Virologe kritisiert strenge Corona-Maßnahmen am Beispiel der Hamburger Elbphilharmonie. www.focus.de, 29.10.2020; zur Risikowahrnehmung: vgl. Helena Wittlich / Yannik Achternbosch: Die Gefahr lauert auch im Privaten. Wo infizieren sich Menschen mit Corona? In: Tagesspiegel, 22.10.2020.

128 Vgl. Lagebericht (Anm. 76).

129 Die Verbindung von moralischer Panik, kleinbürgerlichen Ressentiments und autoritären Begierden gelang keinem so gut wie dem in allen Medien dauerpräsenten SPD-Gesundheitsexperten Karl Lauterbach: Zunächst gehörte er zu jenen 20 Bundestagsabgeordneten, die das Virus für eine Verbotsoffensive gegen Sexarbeit nutzen wollten, dann mahnte er ein hartes Durchgreifen gegen die berühmt-berüchtigten Freiluft-Raves in Berliner Parks an, schließlich gerieten ihm auf öffentlichen Plätzen abhängende Jugendliche in einer sprach-

lichen Fehlleistung in der *Tagesschau* gleich zu »Gefährdern« – bis dahin war der Begriff bekanntlich potenziellen islamistischen und rechtsextremen Terroristen vorbehalten (Tagesschau, 11.10.2020). Aufgrund seines permanenten Einsatzes für die vulnerablen Gruppen in der Corona-Krise verkörpert der Sozialdemokrat auch wie kaum ein zweiter die herrschenden Doppelstandards, die nun in der Pandemie besonders augenfällig zutage treten. Ein eher geringes Engagement für gefährdete Menschenleben hatte er zuletzt im Juni 2018 an den Tag gelegt, als er – mit der Begründung, dass die »Akzeptanz der Flüchtlinge derzeit stark in der Bevölkerung« sinke – forderte, dass auch »Abschiebung korrekt funktionieren« müsse: »Auch das ist Demokratie« (zitiert nach: Maximilian Pichl: Der neoliberale Angriff gilt auch den Flüchtlingen. In: Die Zeit, 9.6.2018, online). Ein Jahr später fiel der Gesundheitsökonom dadurch auf, dass er die Forderung der Bertelsmann-Stiftung, die Zahl der Krankenhäuser von 1400 auf deutlich unter 600 zu reduzieren, zwar für »überzogen«, im »Grundtenor« aber für richtig hielt und auf die »Überversorgung in vielen Metropolen« verwies (vgl. SPD-Experte Lauterbach will die richtigen Kliniken schließen. In: Tagesspiegel, 16.7.2020, online).

130 Das bestätigt auch nochmal eine Infektionsstatistik aus Österreich aus dem Oktober 2020 (43. Kalenderwoche), die 67 % der Cluster im »Haushalt« ausweist (aber etwa nur 0,8 % der Cluster im Bereich »Hotel/Gastro«). Vgl. Stefan Weber: Fatale Fehler vor dem zweiten Lockdown in Österreich. www.heise.de, 2.11.2020.

131 Nikolaus Blome: Corona macht konservativ. In: Spiegel, 2.11.2020 (online).

132 Michel Foucault: Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernementalität I. Frankfurt/M.: 2004.

133 Jakob Hayner: Der Winter unseres Missvergnügens. In: Neues Deutschland, 1.11.2020 (online).

134 Bis zu 1000 Euro Bußgeld bei Falschangaben in Schleswig-Holstein. In: Süddeutsche Zeitung, 29.9.2020 (online).

135 Spahn erwartet zentrale Coronaimpfungen in Messehallen. www.aerzteblatt, 1.10.2020; Timo Thalmann: Erste Pläne für COVID-19-Impfungen. In: Weser-Kurier, 11.9.2020 (online); Bundeswehr hilft beim Testen der Corona-App. www.faz.net, 2.4.2020.

136 Florian Schumann / Jakob Simmank: Christian Drosten: »Wir haben es selbst in der Hand«. In: Die Zeit, 6.10.2020 (online). Genaueres dazu: Malik Peiris / Gabriel M Leung: What can we expect from first-generation COVID-19 vaccines? In: The Lancet, 7.11.2020 (online).

137 Das gilt auch für die Erfolgsmeldungen der Mainzer Firma Biontech und ihres Kooperationspartners, des US-Konzerns Pfizer, Anfang November. Das Ärzteblatt, sicher kein Organ von Impfgegner*innen, schreibt dazu: »Die Verträglichkeit ist eine Voraussetzung für eine hohe Akzeptanz in Bevölkerungsgruppen, die wenig von einer Infektion mit SARS-CoV-2 zu befürchten haben. [...] Laut der Pressemitteilung sind bei der Zwischenanalyse keine ernsthaften Sicherheitsbedenken beobachtet worden. Ob dies tatsächlich der Fall ist, bleibt abzuwarten. Der Hersteller steht im Wettbewerb mit zahlreichen anderen Firmen. Dies könnte sich auf die Darstellung der Ergebnisse auswirken« (SARS-CoV-2: Impfstoff von Biontech/Pfizer verhindert in Phase-3-Studie mehr als 90 % der bestätigten Infektionen. www.aerzteblatt.de, 9.11.2020).

138 Ausnahme: die Kampagne von medico international: www.medico.de. Vgl. den Beitrag von Andreas Wulf in diesem Buch. Vgl. auch Daniel Seiffert: Kampf um den Impfstoff. https://blog.interventionistische-linke.org, Juni 2020.

139 Vgl. Thomas Krumenacker: Führt die Klimakrise zu einem »Zeitalter der Pandemien«? www.tagesanzeiger.ch, 17.11.2020.

140 Ein repressives Verzichtsprogramm, das bruchlos zur Bearbeitung der Klima- und Verwertungskrise überleiten könnte, hat der wandlungsfähige Politologe und Politiker Udo Knapp (Ex-SDS, Ex-Grüne, jetzt SPD) in der *taz* formuliert. Zunächst griff er den Verdi-Streik im Oktober 2020 scharf an und empfahl der Gewerkschaft stattdessen eine Nullrunde: »Es ist die besondere Verantwortung und das Privileg der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst, für die Allgemeinheit arbeiten zu dürfen« (Verdi muss verzichten! www.taz.de). Dann stellte er einen Forderungskatalog zur Eindämmung der Pandemie, die »mehrere Jahre« dauern werde, zusammen: »das Infektionsgeschehen in der Bevölkerung möglichst umfassend und bis ins private Leben hinein, mit digitalen Instrumenten, öffentlich erfassen und nachverfolgen«; »die öffentlichen Institutionen in ihren [...] vor allem exekutiven Ordnungs- und Durchgriffsrechten bekräftigen, ermächtigen und stärken«; »Wirtschaft und Gesellschaft aktiv darauf einstellen, dass das gefällige Fettleben [...] in den nächsten Jahren nicht möglich sein wird«, und auf »Tourismus und Kultur, das hedonistische Alltagsleben« müsse man »einfach mal verzichten« (Merkel, greif durch! www.taz.de).

141 Roberto Censolo / Massimo Morelli: COVID-19 and the Potential Consequences for Social Stability. In: Peace Economics, Peace Science and Public Policy, Band 26, Heft 3 (26.8.2020, online); vgl. Florian Rötzer: Auf Epidemien folgen Unruhen und Aufstände. www.heise.de, 8.9.2020.